

Am Rothaarsteig 1  
59929 Brilon

Marius Wojtech  
Zimmer 237

T 02961 / 94-3266  
F 0291 94-26398

T 02961 94-0 (Zentrale)

marius.wojtech@hochsauerlandkreis.de

[www.hochsauerlandkreis.de](http://www.hochsauerlandkreis.de)

Arbeitsstätten-Nr. 8195173  
Aktenzeichen: 42.40348-2025-04

Datum: 17.12.2025

### Zustellungsurkunde

Alterric Deutschland GmbH  
v.d. GF Herrn Dieter Aden  
Holzweg 87  
26605 Aurich

Vorhaben: Genehmigung gem. § 4 BImSchG für die Errichtung und den Betrieb von zwei Windenergieanlagen vom Typ ENERCON E-138 EP3 E3 mit einer Nabenhöhe von 160 m, einem Rotordurchmesser von 138,25 m, einer Gesamthöhe von 229,13 m und einer Nennleistung von je 4,26 MW (WEA 03 und 04)

Grundstück Brilon-Alme, Nr. (Alme) AB  
Gemarkung Alme, Flur 19, Flurstücke 49, 50, 51, 52, 19, 20

Sehr geehrte Damen und Herren,  
sehr geehrter Herr Aden,

### **I. T e n o r**

auf Antrag vom 18.06.2025, zuletzt ergänzt am 29.09.2025, wird Ihnen **die Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb von zwei Anlagen zur Nutzung von Windenergie (WEA 03 und 04)** in 59929 Brilon, Gemarkung Alme, Flur 19, Flurstücke 49, 50, 51, 52, 19 und 20, **erteilt**.

Gegenstand des Verfahrens ist die Errichtung und der Betrieb von zwei WEA des Typs Enercon E-138 EP3 E3 mit einer Nabenhöhe von 160 m, einem Rotordurchmesser von 138,25 m, einer Gesamthöhe von 229,13 m und einer Nennleistung von je 4.260 kW.

Die Genehmigung ergeht nach den §§ 4 und 6 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) in Verbindung mit den §§ 1 und 2 der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen (4. BImSchV).

## II. Genehmigung

Die Genehmigung wird im nachstehend aufgeführten Umfang entsprechend der Antragsunterlagen, die verbindlicher Bestandteil dieser Genehmigung sind, erteilt:

1. **Errichtung und Betrieb von zwei Windenergieanlagen (WEA) einschließlich der zugehörigen Anlagenteile und Nebeneinrichtungen im Sinne des § 1 Abs. 2 der 4. BImSchV mit folgenden Kenndaten:**

Typ	Nennleistung [kW]	Nabenhöhe [m]	Rotor-durchmesser [m]	Standort		Gemarkung / Flur / Flurstücke (Rotorüberstrich)
				Nr.	Koordinaten ETRS89 / UTM (Zone 32N)	
Enercon E-138 EP3 E3	4.260	160	138,25	WEA 03	473.585 5.698.058	Alme / 19 / 51, 52
Enercon E-138 EP3 E3	4.260	160	138,25	WEA 04	473.296 5.698.243	Alme / 19 / 49, 50, 20, 19

**ISA-Arbeitsstätten-Nummer: 8195173**

### 2. **Eingeschlossene Genehmigungen**

Die Genehmigung schließt gemäß § 13 BImSchG alle erforderlichen anlagenbezogenen Entscheidungen ein.

- Baugenehmigung gemäß §§ 64, 74 BauO NRW 2018
- Zustimmung gemäß § 14 Abs. 1 LuftVG

#### Hinweis:

**Die Genehmigung erfasst die in den Antragsunterlagen dargestellte Erschließung inklusive der Kranstellfläche. Erschließungsmaßnahmen und die Zuwegung außerhalb der o.g. Anlagengrundstücke sowie die Netzanbindung werden von dieser Genehmigung nicht erfasst.**

### 3. **Befristung und Bedingungen**

- 3.1 Die Genehmigung für die WEA erlischt, wenn nicht innerhalb von 36 Monaten nach Bestandskraft dieses Bescheides mit der Errichtung der jeweiligen Anlage begonnen worden ist (§ 18 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG).
- 3.2 Vor Baubeginn ist für die Sicherung der Rückbauverpflichtung nach § 35 Abs.5 BauGB eine Sicherheitsleistung in Form einer selbstschuldnerischen Bürgschaft einer deutschen Großbank oder öffentlichen Sparkasse beizubringen. In der Bürgschaft ist sicherzustellen, dass die bürgende Bank den Bürgschaftsbetrag auf erstes Anfordern an die Stadt Brilon zahlt und auf die Einrede der Anrechnung, der Aufrechnung und der Vorausklage verzichtet (§§770, 771 BGB).

Die Sicherheitsleistung wird festgesetzt auf (6,5 % der Gesamtinvestitionskosten):

**WEA 03 und 04: 639.727 € (Brutto)**

Mit den Bauarbeiten darf erst begonnen werden, wenn die Bankbürgschaft der Stadt Brilon vorliegt und die Annahme schriftlich bestätigt wurde.

- 3.3 Spätestens zu Baubeginn der WEA ist das Ersatzgeld zur Kompensation des Eingriffs in das Landschaftsbild in Höhe von

**145.222,64 €**

unter Angabe des Kassenz Zeichens "**HSK9472532101**" auf eines der folgenden Konten der Kreiskasse des Hochsauerlandkreises einzuzahlen:

**Sparkasse Mitten im Sauerland**

IBAN: DE40 4665 0005 0001 0073 27

BIC: WELADED1ARN

### **III. Antragsunterlagen**

Diesem Genehmigungsbescheid liegen die nachstehend aufgeführten Unterlagen\*, die mit Etikettaufklebern gekennzeichnet sind, zugrunde. Sie sind Bestandteil dieser Genehmigung.

#### **Ordner 1 von 2**

- |  |                |
|--|----------------|
| 1. Deckblatt, Inhaltsverzeichnis und Hinweis Flurbereinigung   | Blatt 1 bis 5  |
| 2. Antrag<br>(Formular 1 nach § 4 BImSchG vom 02.06.2025, Auszug HRA, Vollmacht, Koordinaten- und Flurstückliste)          | Blatt 1 bis 5  |
| 3. Projektkurzbeschreibung   | Blatt 1 bis 7  |
| 4. Pläne<br>(Basiskarte, Topografische Karte, Lageplan Abstände, Werkslageplan und Gebäudeplan, Planungsrecht)             | Blatt 1 bis 8  |
| 5. Bauvorlagen<br>(Bauantrag, Nachweis Bauvorlagenberechtigung, Bauzeichnungen, Baubeschreibung, Betriebsbeschreibung)     | Blatt 1 bis 9  |
| 6. Gutachten zur Standorteignung<br>(F2E, Fluid & Energy Engineering GmbH & Co. KG, 2023-H-071-P3-R0, 04.12.2024)          | Blatt 1 bis 24 |
| 7. Ingenieurgeologisches Gutachten<br>(BBU Dr. Schubert GmbH, iga223547-1, 22.10.2024)                                     | Blatt 1 bis 82 |
| 8. Hinweis Typenprüfung  | Blatt 1        |
| 9. Kosten  | Blatt 1 bis 2  |
| 10. Brandschutz<br>(Standortbezogenes BSK, Technische Beschreibung, allgemeines BSK, Ergänzung allgemeines BSK)            | Blatt 1 bis 23 |
| 11. Anlagenbeschreibung<br>(Technische Beschreibung, Technisches Datenblatt, Spezifikation Zuwegung und Baustellenflächen) | Blatt 1 bis 32 |
| 12. Anlagensicherheit (Blitzschutz, Eiserkennungssystem)   | Blatt 1 bis 56 |
| 13. Maßnahmen zum Schutz der Beschäftigten<br>(Technische Beschreibung, Flucht- und Rettungsplan, Aufstiegshilfe)          | Blatt 1 bis 6  |
| 14. Abwasser, Abfälle, wassergefährdende Stoffe  | Blatt 1 bis 14 |
| 15. Rückbauerklärung und Rückbaukosten   | Blatt 1 bis 2  |
| 16. Schallimmissionsprognose<br>(technologien entwicklungen & dienstleistungen GmbH, 20230100/1II, 31.07.2025)             | Blatt 1 bis 63 |
| 17. Emissionen und Immissionen (Oktavbandpegel, Schallreduzierung)   | Blatt 1 bis 20 |
| 18. Schattenwurfprognose<br>(technologien entwicklungen & dienstleistungen GmbH, 20230100/2I, 02.06.2025)                  | Blatt 1 bis 48 |
| 19. Emissionen und Immissionen (Schattenabschaltung, Verminderung Emissionen)  | Blatt 1 bis 4  |

20. Neubewertung möglicher Grundwassergefährdungen  
(GUV GmbH, Projekt 10061, 27.05.2025) Blatt 1 bis 30

**Ordner 2 von 2**

21. Hinweis UVP Blatt 1
22. Fachbeitrag zur FFH-Verträglichkeitsprüfung  
(ecoda GmbH & Co. KG, 10.04.2025) Blatt 1 bis 53
23. Artenschutzfachliches Maßnahmenkonzept  
(ecoda GmbH & Co. KG, 16.04.2025) Blatt 1 bis 22
24. Technische Spezifikation Fledermaus- und Vogelerfassungssysteme Blatt 1 bis 13
25. Landschaftspflegerischer Begleitplan  
(ecoda GmbH & Co. KG, 19.03.2025) Blatt 1 bis 45
26. Gutachterliche Replik zur Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde  
(ecoda GmbH & Co. KG, 29.09.2025) Blatt 1 bis 6
27. Störfallrecht Blatt 1
28. Sicherheitsdatenblätter Blatt 1 bis 129
29. Hindernisangaben Luftfahrtbehörde  
(Hindernisangaben, Kennzeichnung, Befeuern, BNK) Blatt 1 bis 13
30. Formular BNA Blatt 1

\* Die Blattzahl verändert sich entsprechend bei doppelseitigem / einseitigem Druck.

## **IV. Nebenbestimmungen und Hinweise**

Die Genehmigung wird unter den nachstehend aufgeführten Nebenbestimmungen gemäß § 12 BImSchG erteilt:

### **1. Allgemeine Nebenbestimmungen**

- 1.1 Die Anlagen müssen nach den geprüften, gekennzeichneten (mit Etikettaufklebern versehenen) und dieser Genehmigung nachgehefteten Antragsunterlagen errichtet, eingerichtet und betrieben werden. Sofern in den nachstehenden Nebenbestimmungen abweichende Anordnungen getroffen werden, sind diese durchzuführen.
- 1.2 Diese Genehmigung oder eine Ablichtung ist an der Betriebsstätte oder in der zugehörigen Verwaltung jederzeit bereitzuhalten und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Überwachungsbehörde auf Verlangen vorzulegen.
- 1.3 Über besondere Vorkommnisse, durch die die Nachbarschaft oder die Allgemeinheit erheblich belastigt oder gefährdet werden könnte, ist der Unteren Umweltschutzbehörde / Immissionsschutz des Hochsauerlandkreises sofort fernmündlich zu unterrichten; unabhängig davon sind umgehend alle Maßnahmen zu ergreifen, die zur Abstellung der Störung erforderlich sind. Auf die unabhängig hiervon bestehenden Anzeige- und Mitteilungspflichten nach §§ 2, 3 der Umwelt-Schadensanzeige-Verordnung wird hingewiesen.
- 1.4 Die über das Fernüberwachungssystem aufgezeichneten Wind- und Anlagendaten sind mindestens 1 Jahr aufzubewahren und auf Verlangen dem Hochsauerlandkreis vorzulegen. Die aufgezeichneten Daten müssen einsehbar sein und in allgemein lesbarem Format vorgelegt werden können. Es müssen mindestens die Parameter Windgeschwindigkeit (in Nabenhöhe), Windrichtung, Temperatur, erzeugte elektrische Leistung und Drehzahl des Rotors im 10-min-Mittel erfasst werden.
- 1.5 Ein Wechsel des Betreibers bzw. ein Verkauf der Windenergieanlagen ist der Unteren Umweltschutzbehörde / Immissionsschutz des Hochsauerlandkreises sowie der Unteren Bauaufsichtsbehörde der Stadt Brilon unverzüglich mitzuteilen.

### **1.6 Anzeige über den Baubeginn**

(d.h. Ausschachtung der Fundamentgrube, sofern nicht anders angegeben)

Folgenden Stellen ist der Zeitpunkt des Baubeginns, sofern nicht anders angegeben, mindestens 1 Woche vor Baubeginn schriftlich anzuzeigen:

- Untere Umweltschutzbehörde / Immissionsschutz des Hochsauerlandkreises,  
Am Rothaarsteig 1, 59929 Brilon  
(Genehmigungs- und Überwachungsbehörde)
- Untere Bauaufsichtsbehörde der Stadt Brilon,  
Am Markt 1, 59929 Brilon  
(inkl. Benennung Bauleiter und ausführende Unternehmen)
- Untere Naturschutzbehörde des Hochsauerlandkreises,  
Steinstraße 27, 59872 Meschede (auch bauvorbereitende Maßnahmen)
- Unteren Wasserbehörde des Hochsauerlandkreises,  
Steinstraße 27, 59872 Meschede (auch bauvorbereitende Maßnahmen)
- Untere Gesundheitsbehörde des Hochsauerlandkreises,  
Steinstraße 27, 59872 Meschede (auch bauvorbereitende Maßnahmen)
- Bezirksregierung Münster, - Dezernat 26, Luftverkehr -  
48128 Münster (mindestens 6 Wochen vor Baubeginn)
- Stadtwerke Brilon AöR

## 1.7 Anzeige über die Inbetriebnahme der Anlagen

Der Überwachungsbehörde - Untere Umweltschutzbehörde / Immissionsschutz des Hochsauerlandkreises - ist der Zeitpunkt der Inbetriebnahme der Anlagen formlos schriftlich anzuzeigen.

Mit dieser Anzeige müssen folgende Unterlagen vorgelegt werden:

- Herstellerbescheinigung über die technischen Daten der Windenergieanlage, in der bestätigt wird, dass die Windenergieanlage identisch mit der zu Grunde liegenden Anlagenspezifikation ist (Konformitätsbescheinigung).
- Erklärung des Herstellers der Anlage, dass die erforderliche schallreduzierte Betriebsweise eingerichtet ist.
- Erklärung des Herstellers der Anlage bzw. des beauftragten Fachunternehmens über die Art und Weise, wie der Schattenwurf bezogen auf den jeweiligen Immissionsaufpunkt maschinentechnisch gesteuert wird sowie die Bestätigung, dass die Abschalteneinrichtung betriebsbereit ist.

Die Anzeige und die entsprechenden Unterlagen müssen der Unteren Umweltschutzbehörde / Immissionsschutz des Hochsauerlandkreises bei Inbetriebnahme der WEA vorliegen.

## 2. Allgemeine Hinweise

2.1 Diesem Bescheid haben die unter III. aufgeführten Antragsunterlagen zugrunde gelegen. Jede Änderung der Windenergieanlagen, die Auswirkungen auf die Schutzgüter haben kann, bedarf einer Anzeige nach § 15 BImSchG bzw. einer Genehmigung nach § 16 BImSchG.

2.2 Der Unteren Umweltschutzbehörde / Immissionsschutz des Hochsauerlandkreises ist der Zeitpunkt der Stilllegung der Anlagen oder von genehmigungsbedürftigen Anlageteilen unverzüglich schriftlich anzuzeigen (§ 15 Abs. 3 BImSchG). Der Anzeige ist eine Beschreibung derjenigen Maßnahmen beizufügen, die sicherstellen, dass auch nach einer Betriebseinstellung

- a. von den Anlagen oder dem Anlagengrundstück keine schädlichen Umwelteinwirkungen oder sonstigen Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft hervorgerufen werden können,
- b. vorhandene Abfälle ordnungsgemäß und schadlos verwertet oder ohne Beeinträchtigung des Wohles der Allgemeinheit beseitigt werden und
- c. die Wiederherstellung eines ordnungsgemäßen Zustandes des Anlagengrundstückes gewährleistet ist.

2.3 Gemäß § 18 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG erlischt die Genehmigung, wenn eine Anlage während eines Zeitraums von mehr als drei Jahren nicht mehr betrieben worden ist. Die Genehmigung erlischt ferner, soweit das Genehmigungserfordernis aufgehoben wird (§ 18 Abs. 2 BImSchG).

## 2.4 verwendete Definitionen im Genehmigungsbescheid

- Probetrieb:  
Der Probetrieb erfolgt im Rahmen der abschließenden Errichtungsphase einer Anlage und dient zur Herstellung der technischen Betriebsbereitschaft für den zukünftigen dauerhaften Betrieb.
- Inbetriebnahme:  
Die Inbetriebnahme definiert den Zeitpunkt des Übergangs von dem Probetrieb in den Regelbetrieb.
- Regelbetrieb:  
Der Regelbetrieb ist der bestimmungsgemäße und dauerhafte Betrieb einer Anlage, welcher nach dem Abschluss des Probetriebs und mit der terminierten Inbetriebnahme beginnt.

### 3. Nebenbestimmungen und Hinweise zum Immissionsschutz

#### Nebenbestimmungen und Hinweise zum Lärmschutz

- 3.1 Die Schallimmissionsprognose der Firma ted GmbH (technologien entwicklungen & dienstleistungen GmbH), Apenrader Straße 11, 27580 Bremerhaven, Bericht Nr. 20230100/1II vom 31.07.2025, ist Bestandteil dieser Genehmigung und zu beachten.

#### **Schalleistung zur Tages- und Nachtzeit**

- 3.2 Die **WEA 03 und 04** sind gemäß der o. g. Schallimmissionsprognose während der Tages- und Nachtzeit im **Betriebsmodus „BM 0s“ mit einem Summenschalleistungspegel von  $L_o = 108,1 \text{ dB(A)}$ , einer Nennleistung von max. 4.260 kW und einer Nenndrehzahl von max. 11,1 U/min** entsprechend den Herstellerangaben zu betreiben. Zur Kennzeichnung der maximal zulässigen Emissionen sowie des genehmigungskonformen Betriebs gelten folgende Werte:

f [Hz]	63	125	250	500	1000	2000	4000
$L_{WA,Okt}[\text{dB(A)}]$	87,4	93,1	96,4	99,7	101,9	98,3	90,0
<b>berücksichtigte Unsicherheiten</b>	$\sigma_R = 0,5 \text{ dB(A)}$		$\sigma_P = 1,2 \text{ dB(A)}$		$\sigma_{Prog} = 1,0 \text{ dB(A)}$		
$L_{e,max,Okt}[\text{dB(A)}]$	89,1	94,8	98,1	101,4	103,6	100,0	91,7
$L_{o,Okt}[\text{dB(A)}]$	89,5	95,2	98,5	101,8	104,0	100,4	92,1

$L_{WA,Okt}$ : Oktavpegel gemäß Herstellerangaben Dokument: D1018700/4.0-de / DA

$L_{e,max,Okt}$ : maximal zulässiger Oktavschalleistungspegel

$L_{o,Okt}$ : Oktavpegel einschließlich aller Zuschläge für den oberen Vertrauensbereich

$\sigma_R, \sigma_P, \sigma_{Prog}$ : berücksichtigte Unsicherheiten für Typvermessung, Serienstreuung und Prognosemodell

Die Werte der oberen Vertrauensbereichsgrenze  $L_{o,Okt}$  stellen das Maß für die Auswirkungen des genehmigungskonformen Betriebs inklusive aller erforderlichen Zuschläge zur Berücksichtigung von Unsicherheiten dar und dürfen nicht überschritten werden; sie gelten somit auch als Vorbelastung für nachfolgende Anlagen.

### 3.3 **Aufschiebung des Nachtbetriebs**

Die WEA sind solange während der Nachtzeit von 22:00 Uhr bis 6:00 Uhr außer Betrieb zu setzen, bis das Schallverhalten des WEA-Typs **Enercon E-138 EP3 E3** durch eine FGW-konforme Vermessung an einer der beantragten Windenergieanlage selbst oder einer anderen Windenergieanlage gleichen Typs belegt wird. Es ist nachzuweisen, dass die im Wind-BIN des höchsten gemessenen Summenschalleistungspegels vermessenen Oktavschalleistungspegel zuzüglich des 90%-Konfidenzintervalls der Gesamtunsicherheit aus Vermessung, Serienstreuung und Prognosemodell ( $L_{o,Okt,Vermessung}$ ) die in Nebenbestimmung Nr. 3.2 festgelegten Werte der oberen Vertrauensbereichsgrenze  $L_{o,Okt}$  nicht überschreiten. Werden nicht alle Werte  $L_{o,Okt}$  eingehalten, kann der Nachweis für die Aufnahme des Nachtbetriebs über die Durchführung einer erneuten Ausbreitungsrechnung für die betroffene einzelne WEA erbracht werden. Diese Kontrollrechnung ist mit dem identischen Ausbreitungsmodell einschließlich der Immissionsaufpunktmodellierung durchzuführen wie es in der zuvor genannten Schallprognose abgebildet ist.

Als Eingangsdaten sind die oberen Vertrauensbereichsgrenzen der vermessenen Oktavschalleistungspegel  $L_{o,Okt,Vermessung}$  des Wind-BINs, das immissionsseitig den höchsten Beurteilungspegel erzeugt, anzusetzen. Der Nachweis für die Aufnahme des Nachtbetriebs gilt dann als erbracht, wenn die so ermittelten Teilimmissionswerte der betroffenen einzelnen WEA die für sie in der zuvor genannten Schallprognose aufgelisteten Teilimmissionspegel nicht überschreiten.



Der Nachtbetrieb ist nach positivem Nachweis und Freigabe durch die Untere Umweltschutzbehörde / Immissionsschutz des Hochsauerlandkreises in dem Betriebsmodus mit der zugehörigen maximalen Leistung und Drehzahl zulässig, der dem vorgelegten schalltechnischen Nachweis zu Grunde liegt.

### 3.4 Nachtbetrieb in der Übergangszeit

Bis zum Nachweis der Nebenbestimmung Nr. 3.3 kann der Nachtbetrieb aufgenommen werden, wenn die WEA zur Nachtzeit übergangsweise in einem schallreduzierten Betriebsmodus betrieben werden, dessen Summenschallleistungspegel um mindestens 3,0 dB(A) unterhalb des Summenschallleistungspegels liegt, welcher in der zuvor genannten Schallprognose für diese WEA zugrunde liegt. Der entsprechende Betriebsmodus ist der Unteren Umweltschutzbehörde des Hochsauerlandkreises mitzuteilen.

Liegt für einen gegenüber der zuvor genannten Schallprognose stärker schallreduzierter Betriebsmodus eine Typvermessung bereits vor, kann dieser auch dann betrieben werden, wenn er um weniger als 3 dB(A) unter dem eigentlich angestrebten Modus liegt, da dieser den Genehmigungsanforderungen für den vorläufigen Nachtbetrieb in Bezug auf typvermessene WEA entspricht.

#### **Hinweis:**

Wird beim übergangsweisen Nachtbetrieb eine immissionsseitige Tonhaltigkeit festgestellt, ist der übergangsweise Nachtbetrieb unverzüglich einzustellen bis durch eine vollständige, normgerechte Vermessung abschließend nachgewiesen wird, dass keine Tonhaltigkeit vorliegt. Erkenntnisse über etwaige Tonhaltigkeitsprobleme sind der Genehmigungsbehörde unverzüglich mitzuteilen.

### 3.5 Genehmigungskonformer Nachtbetrieb

Im Rahmen einer messtechnischen Überprüfung ist der Nachweis eines genehmigungskonformen Betriebs dann erbracht, wenn die messtechnisch bestimmten Oktavschallleistungspegel des Wind-BINs mit dem höchsten gemessenen Summenschallleistungspegel die in Nebenbestimmung Nr. 3.2 festgelegten Werte  $L_{e,max,Okt}$  nicht überschreiten.

Werden nicht alle Werte  $L_{e,max,Okt}$  eingehalten, kann der Nachweis des genehmigungskonformen Betriebs über die Durchführung einer erneuten Ausbreitungsrechnung für die betroffene einzelne WEA erbracht werden. Diese Kontrollrechnung ist mit dem identischen Ausbreitungsmodell einschließlich der Immissionsaufpunktmodellierung durchzuführen, wie es in der zuvor genannten Schallprognose abgebildet ist. Als Eingangsdaten sind die gemessenen Oktavschallleistungspegel des Wind-BINs, das immissionsseitig den höchsten Beurteilungspegel erzeugt, anzusetzen.

Der Nachweis des genehmigungskonformen Betriebs gilt dann als erbracht, wenn die so ermittelten Teilimmissionswerte der betroffenen einzelnen WEA die für sie in der zuvor genannten Schallprognose aufgelisteten Vergleichswerte nicht überschreiten.

### 3.6 Abnahmemessung

Für die WEA ist der genehmigungskonforme Betrieb entsprechend den Nebenbestimmungen Nr. 3.2 i.V.m. 3.5 durch eine FGW-konforme Abnahmemessung eines anerkannten Sachverständigen nach §§ 26, 28 BImSchG, der nachweislich Erfahrungen mit der Messung von Windenergieanlagen hat, nachzuweisen. Spätestens einen Monat nach Inbetriebnahme ist der Unteren Umweltschutzbehörde / Immissionsschutz des Hochsauerlandkreises eine Kopie der Auftragsbestätigung für die Messung zu übersenden. Vor Durchführung der Messung ist das Messkonzept mit der Unteren Umweltschutzbehörde / Immissionsschutz abzustimmen. Nach Abschluss der Messung ist der Unteren Umweltschutzbehörde / Immissionsschutz des Hochsauerlandkreises ein Exemplar des Messberichts sowie der ggf. erforderlichen Kontrollrechnung vorzulegen. Die Abnahmemessung kann mit Zustimmung der Genehmigungsbehörde ausgesetzt werden, wenn im gleichen Zeitraum ein zusammenfassender FGW-konformer Messbericht vorgelegt wird, in dem das Schallverhalten aus Messungen an mindestens drei Anlagen gleichen Typs ermittelt wurde.

**Wird der messtechnische Nachweis zur Aufnahme des Nachbetriebs gemäß Nebenbestimmung 3.3 durch Vermessung an einer der WEA des Windparks geführt, ist damit auch die Abnahmemessung erfüllt.**

- 3.7 Sofern eine schallreduzierte Betriebsweise zur Nachtzeit erforderlich ist, sollte diese durch automatische Schaltung (z.B. mittels Zeitschaltuhr) erfolgen. Die Schaltung ist gegen unbefugte Änderungen zu schützen (z.B. durch Passwort). Bei Ausfall oder Störung der automatischen Schaltung ist automatisch ein Alarm an die Fernüberwachung zu geben.
- 3.8 Die Windenergieanlagen dürfen nicht tonhaltig sein. Tonhaltig sind WEA, für die nach TA Lärm ein Tonzuschlag von 3 dB oder 6 dB zu vergeben ist.
- 3.9 Der Unteren Umweltschutzbehörde / Immissionsschutz des Hochsauerlandkreises ist spätestens zwei Wochen nach Inbetriebnahme der Anlagen eine Erklärung des Herstellers der Anlage bzw. des beauftragten Fachunternehmens vorzulegen, dass die errichteten Anlagen in ihren wesentlichen Elementen und in ihrer Regelung mit denjenigen Anlagen übereinstimmt, die der akustischen Planung zugrunde gelegt worden ist und die erforderliche Betriebsweise eingerichtet ist.

### **Hinweis zum Lärmschutz**

#### **3.10 Zulässige Immissionen**

Die von den Windenergieanlagen verursachten Geräuschimmissionen dürfen im gesamten Einwirkungsbereich unter Berücksichtigung der Vorbelastung durch weitere WEA und andere Anlagen nicht zu einer Überschreitung der Immissionsrichtwerte nach Nr. 6 der TA Lärm beitragen. Für die Ermittlung der Geräusche ist Nr. 6.8 TA Lärm maßgebend.

Für die maßgeblichen Immissionsaufpunkte gelten folgende Immissionsrichtwerte:

Nr.	Adresse	PLZ / Ort	tags (6:00 – 22:00 Uhr) [dB(A)]	nachts (22:00 – 6:00 Uhr) [dB(A)]
<b>IO 4 (West)</b>	Zur Heide 30	59929 Brilon	60	45
<b>IO 6</b>	Ludgerusstraße 55	59929 Brilon	60	45
<b>IO 7</b>	Ludgerusstraße 56	59929 Brilon	60	45
<b>IO 8</b>	Zur Hebe 19	59929 Brilon	60	45
<b>IO 9</b>	In der Grund 2	59929 Brilon	60	45
<b>IO 11</b>	Fichtenweg 4	59929 Brilon	55	40

### **Nebenbestimmungen zu Schattenwurf und Lichtreflexionen**

- 3.11 Die Schattenwurfprognose der Firma ted GmbH (technologien entwicklungen & dienstleistungen GmbH), Apenrader Straße 11, 27580 Bremerhaven, Bericht Nr. 20230100/2I vom 02.06.2025, ist Bestandteil dieser Genehmigung und zu beachten.
- 3.12 An den folgenden Immissionsaufpunkten darf **kein** periodischer Schattenwurf durch die beantragten Windenergieanlagen verursacht werden:

Nr.	Adresse	PLZ / Ort
<b>IO 6</b>	Ludgerusstraße 55	59929 Brilon
<b>IO 7</b>	Ludgerusstraße 56	59929 Brilon
<b>IO 8</b>	Zur Hebe 19	59929 Brilon

## 3.13 Die Schattenwurfprognose weist für die Immissionsaufpunkte

Nr.	Adresse	PLZ / Ort
IO 9	In der Grund 2	59929 Brilon
IO 11	Fichtenweg 4	59929 Brilon

eine Überschreitung der zumutbaren Beschattungsdauer von 30 h/a (worst case) bzw. 30 min/d aus. An diesen Immissionsaufpunkten müssen alle für die Programmierung der Abschalteinrichtungen erforderlichen Parameter exakt ermittelt werden. Die Koordinaten und berechneten Zeiten der Schattenwurfprognose geben keine ausreichende Genauigkeit für die Programmierung.

- 3.14 Die beantragten WEA sind an eine Schattenwurfabstaltung anzuschließen, welche die Abschaltung der WEA vernetzt steuert.  
Es muss überprüfbar und nachweisbar sichergestellt werden, dass die Schattenwurf-Immissionen der WEA (insgesamt) real an den Immissionsaufpunkten 8 h/a und 30 min/d nicht überschreiten. Die Aufzeichnungen der Abschalteinrichtung sind mindestens ein Jahr lang aufzubewahren und der Überwachungsbehörde (Untere Umweltschutzbehörde / Immissionsschutz des Hochsauerlandkreises) auf Verlangen vorzulegen.
- 3.15 Der Sensor der lichtgesteuerten Abschalteinrichtung ist regelmäßig im Rahmen der Servicearbeiten an der jeweiligen Windenergieanlage auf Verschmutzung und Beschädigung zu kontrollieren. Verschmutzungen und Beschädigungen sind unverzüglich zu beseitigen und die Durchführung zu dokumentieren.
- 3.16 Bei einer technischen Störung des Schattenwurfmoduls oder des Strahlungssensors ist die WEA innerhalb des im Schattenwurfgutachten ermittelten worst case-Beschattungszeitraums der in Nr. 3.12 und 3.13 aufgelisteten Immissionsaufpunkte unverzüglich manuell oder durch Zeitschaltuhr außer Betrieb zu nehmen, bis die Funktionsfähigkeit der Abschalteinrichtung insgesamt wieder sichergestellt ist. Zwischen der Störung der Abschalteinrichtung und der Außerbetriebnahme der WEA aufgetretener Schattenwurf ist der aufsummierten realen Jahresbeschattungsdauer hinzuzurechnen.
- 3.17 Vor Inbetriebnahme ist der Unteren Umweltschutzbehörde / Immissionsschutz des Hochsauerlandkreises vom Hersteller der Anlage eine Fachunternehmererklärung vorzulegen, wonach ersichtlich ist, wie die Abschaltung bei Schattenwurf bezogen auf den jeweiligen Immissionsaufpunkt maschinentechnisch gesteuert und somit die vorher genannten Nebenbestimmungen eingehalten werden.

#### **4. Nebenbestimmungen und Hinweise zur Bauausführung**

- 4.1 Vor Baubeginn ist zwischen Bauherrn und der Stadt Brilon bezüglich der Nutzung der Wirtschaftswege ein Erschließungsvertrag zu schließen.
- 4.2 Die vollständige Typenprüfung ist vor Baubeginn vorzulegen. Sie wird Bestandteil der Genehmigung.
- 4.3 Vor Beginn der Gründungsarbeiten ist der Unteren Bauaufsichtsbehörde eine Bescheinigung über die Absteckung der Windkraftanlagen gemäß den genehmigten Bauvorlagen von einem öffentlich bestellten Vermessungsingenieur vorzulegen.
- 4.4 Nach dem Aushub der Baugrube ist die Baugrubensohle durch einen Sachverständigen für Geotechnik (Baugrundsachverständigen) zu begutachten. Durch diesen ist der Bauaufsicht zu bestätigen, dass die tatsächlichen Baugrundeigenschaften denen des Baugrundgutachtens entsprechen.

Vor Baubeginn ist der Unteren Bauaufsichtsbehörde eine Vereinbarung über die Überwachung der gesamten statischen Konstruktion durch einen staatlich anerkannten Sachverständigen für die Prüfung der Standsicherheit nach der Sachverständigenverordnung NRW (SV-VO) vorzulegen. Nach Fertigstellung der Anlagen ist ein abschließendes Prüfprotokoll durch den staatlich anerkannten Sachverständigen der Bauaufsicht vorzulegen.

- 4.5 Der Betreiber hat zu veranlassen, dass der Turm, das Fundament, die sicherheitstechnischen Einrichtungen, die Rotorblätter, die maschinenbaulichen Komponenten, das Eiserkennungssystem und die Blitzschutzanlage im Rahmen der Inbetriebnahme durch unabhängige Sachverständige überprüft werden. Voraussetzung für die Inbetriebnahme der Windkraftanlagen ist ein Abnahme- und Inbetriebnahmeprotokoll des unabhängigen Sachverständigen, das die Mängelfreiheit bestätigt. Der Bericht des unabhängigen Sachverständigen ist der Unteren Bauaufsichtsbehörde vor Inbetriebnahme unaufgefordert vorzulegen.
- 4.6 Der Betreiber hat durch einen Sachverständigen des Herstellers gegenüber der Bauaufsicht zu bestätigen, dass die Auflagen in den der Typenprüfung zugrundeliegenden gutachterlichen Stellungnahmen erfüllt sind und dass die installierten Anlagen mit der begutachteten und der dem Typenbescheid zugrundeliegenden Windkraftanlage identisch sind (Konformitätsbescheinigung des Herstellers). Hierbei sind die jeweiligen Revisionsstände oder Nachträge der jeweiligen Gutachten und Typenprüfungen anzugeben.
- 4.7 Die Anlage(n) ist bzw. sind mit einem Blitz- und Überspannungsschutz auszustatten.
- 4.8 An der Zufahrt zu den Anlagen sowie entlang des Wirtschaftsweges ist in der Winterzeit durch Anordnung einer ausreichenden Anzahl von standsicheren wetterfesten Tafeln/Schildern auf die mögliche Gefahr des Eisabwurfes von der Windkraftanlage bei Betrieb und Stillstand hinzuweisen. Der Standort und die Ausbildung der Beschilderung sind mit dem zuständigen örtlichen Ordnungsamt abzustimmen
- 4.9 Die Windkraftanlagen sind durch unabhängige Sachverständige für Inspektion und Wartung von Windkraftanlagen wiederkehrend zu prüfen. Die Prüfungen sind auszuführen nach Abschnitt 15 der DIBt Richtlinie für Windenergieanlagen (Einwirkungen und Standsicherheitsnachweise für Turm und Gründung, Fassung Oktober 2012 – Korrigierte Fassung März 2015), welche in NRW als Technische Baubestimmung bauaufsichtlich eingeführt ist. Die o. g. Prüfungen hat der Betreiber auf seine Kosten durchzuführen. Die Prüffristen ergeben sich aus den Prüfberichten über die Typenprüfung, die Bestandteil dieser Genehmigung ist. Das Ergebnis der wiederkehrenden Prüfung ist in einem Bericht festzuhalten und ohne Aufforderung der Genehmigungsbehörde und der Bauaufsichtsbehörde vorzulegen.
- 4.10 Die abschließende Herstellung der Gesamtanlage ist der Unteren Bauaufsichtsbehörde eine Woche vorher anzuzeigen, um der Unteren Bauaufsichtsbehörde eine Besichtigung des Bauzustandes zu ermöglichen.
- 4.11 Bei Inbetriebnahme der Windenergieanlagen ist ein Einmessungs- und Höhennachweis (NN-Höhe des ausgeführten Geländes am Fuß vom Fundamentsockel, die Oberkante des Fundamentsockels, der Nabe und der Rotorspitze in höchster Stellung) eines öffentlich bestellten Vermessungsingenieurs vorzulegen über die diesbezüglich vor Ort vorgenommene Überprüfung. Der Nachweis hat in Form einer Flurkarte in geeignetem Maßstab mit Darstellung des betroffenen Flurstücks, des Anlagenstandorts, Angaben von Grenzabständen und Höhe zu erfolgen.
- 4.12 Bei einem Betreiberwechsel hat der neue Betreiber spätestens 1 Monat nach der Anzeige des Wechsels beim Bauordnungsamt eine auf ihn ausgestellte unbefristete Sicherheitsleistung (Bankbürgschaft) i.S. der Bedingung unter II. Nr. 3.2 in gleicher Höhe bei der Stadt Brilon zu hinterlegen, sofern nicht die Sicherheitsleistung, welche die Rückbauverpflichtung des Vorbetreibers absichert, weiterhin für den neuen Betreiber gilt.
- 4.13 Nach Erreichen der Entwurfslebensdauer entsprechend der Angabe in der Typenprüfung im Sinne des Ermüdungssicherheitsnachweises ist ein Weiterbetrieb der Anlagen nur dann zulässig, wenn zuvor der Unteren Bauaufsichtsbehörde ein Sachverständigengutachten (nach der DIBt-Richtlinie für Windenergieanlagen, Einwirkung und Standsicherheitsnachweis für Turm und Gründung, Fassung Oktober 2012, korrigierte Fassung März 2015) hinsichtlich des möglichen Weiterbetriebes vorgelegt wurde und die Bauaufsichtsbehörde dem Weiterbetrieb zugestimmt hat. Die Entwurfslebensdauer ist der Typenstatik zu entnehmen.

- 4.14 Wird der Betrieb der Windenergieanlagen endgültig eingestellt, sind die Anlagen inkl. aller Nebeneinrichtungen zu demontieren und von dem Grundstück zu entfernen. Zurückzubauen sind grundsätzlich alle ober- und unterirdischen Anlagen und Anlagenteile einschließlich der vollständigen Fundamente sowie die zugehörigen Nebeneinrichtungen. Für alle Betriebs-, Infrastruktur- und Baustellenflächen ist nach Betriebseinstellung wieder ein funktionsfähiger (entsiegelter) Boden herzustellen. Die Einstellung des Betriebes ist der Unteren Bauaufsichtsbehörde schriftlich mitzuteilen.

**Hinweis:**

- 4.15 Von der Unteren Bauaufsichtsbehörde werden Verwaltungsgebühren für die Bauüberwachung und Bauzustandsbesichtigungen des Vorhabens erhoben, und zwar gem. Tarifstellen 3.1.4.10.1 und 3.1.4.10.3 des Gebührentarifs der Allgemeinen Verwaltungsgebührenordnung NRW in der z. Z. gültigen Fassung.

**5. Nebenbestimmungen zum Brandschutz**

- 5.1 Für einen Einsatzfall (z.B. Unfall) sind innerhalb des Windparks im Turmfuß einer Anlage mindestens zwei geeignete Steiggeschirre für die Steigleitern vorzuhalten. Der Lagerort ist im Feuerwehrplan zu kennzeichnen.
- 5.2 Die Feuerwehrezufahrt sowie Bewegungsflächen sind stets freizuhalten und deutlich durch Hinweisschilder nach DIN 4066 zu kennzeichnen sowie mindestens gemäß der Muster-Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr herzustellen. Die Hinweisschilder müssen von der öffentlichen Verkehrsfläche erkennbar sein.
- 5.3 Die ordnungsgemäße Installation und Funktion der Sicherheitsbeleuchtung (notstromversorgten Sicherheitsleuchten) in den Windenergieanlagen gemäß Brandschutzkonzept ist durch die ausführende Fachfirma gegenüber der Genehmigungsbehörde zu bescheinigen.
- 5.4 Sämtliche Notausschalter und Absperrvorrichtungen sind deutlich sichtbar und dauerhaft zu kennzeichnen und eindeutig zu beschriften.
- 5.5 Die ordnungsgemäße Installation und Funktion der gemäß Antragsunterlagen vorgesehenen Blitzschutzanlagen ist durch die ausführende Fachfirma gegenüber der Genehmigungsbehörde zu bescheinigen.
- 5.6 Für die eindeutige Zuordnung der Windenergieanlagen bei Absetzen eines Notrufs ist es erforderlich, die Anlagen eindeutig zu kennzeichnen, um Feuerwehr und Rettungsdienst zur betroffenen Anlage zu entsenden. Die Schrift der Schilder / Klebmarkierungen muss eine Höhe von mindestens 40 cm aufweisen und ist mit schwarzer Schrift auf hellem Grund auszuführen.

Die Beschriftung ist umlaufend um den Turm in einer Höhe von 2,5 bis 4 m anzubringen. Zur eindeutigen Identifikation ist das System der Rettungspunkte / Objektnummern der Feuer- und Rettungsleitstelle des Hochsauerlandkreises zu verwenden. Das System besteht aus der Buchstabenkombination „HSK“ gefolgt von einem Leerzeichen und einer Zahlenkombination z.B. HSK\_XXXX. Im Leitstellenrechner werden zu dieser Objektnummer die Daten der Ansprechpartner im Alarmfall und die Objektlage (Koordinaten) sowie weitere Einsatzdaten hinterlegt. Einzelheiten hierzu sind mit dem Leiter der Leitstelle (Herrn Michael Schlüter Tel.: 0291/94-2701 bzw. E-Mail: [Michael.Schlueter@hochsauerlandkreis.de](mailto:Michael.Schlueter@hochsauerlandkreis.de)) abzustimmen.

- 5.7 Die Ausbreitung eines Brandes auf Flächen außerhalb der Windenergieanlagen ist vorzubeugen.
- 5.8 Für den Gesamtbetrieb ist ein Feuerwehrplan gemäß DIN 14095 zu erstellen. Dieser muss zumindest einen Übersichtsplan inklusive der Zufahrt ab dem öffentlichen Verkehrsraum und einen Textteil enthalten. Weiterhin ist ein Radius von 500 m und von 1000 m um die Windenergieanlagen im Übersichtsplan darzustellen.

Der Feuerwehrplan ist der Brandschutzdienststelle zur Prüfung vorzulegen.

- 5.9 Der Feuerwehr sowie Rettungsdienst bzw. Bergwacht/Höhenrettung ist Gelegenheit zu geben, sich die für einen Einsatz erforderlichen Ortskenntnisse zu verschaffen.

**Hinweise:**

- 5.10 Die Ausbreitung eines Brandes auf Flächen außerhalb der Anlagen kann durch eine Anlage zur automatischen Brandfrüherkennung mit einer automatischen Abschaltung und vollständiger Trennung von der Stützenergie, der Verwendung nichtbrennbarer Baustoffe, sowie einer selbstständigen Feuerlöschanlage vorgebeugt werden.
- 5.11 Sperrvorrichtungen sind in der Feuerwehrezufahrt zulässig, sofern sie Verschlüsse haben, die mit Schlüssel nach DIN 3223 (Feuerwehrdreikant) geöffnet werden können oder in Absprache mit der örtlichen Feuerwehr ein Feuerwehrschrüsseldepot (z.B. FSD I) mit Schließung der örtlichen Feuerwehrschrließung installiert wird.

## **6. Nebenbestimmung zum Arbeitsschutz**

- 6.1 Die Konformitätserklärung der jeweiligen Anlage ist spätestens zum Termin der Inbetriebnahme der Anlage im Sinne § 2 Nr. 9 der Maschinenverordnung - Neunte Verordnung zum Produktsicherheitsgesetz - der Bezirksregierung Arnsberg, Dezernat 55.4, Königstraße 22, 59821 Arnsberg zu übermitteln.

Windenergieanlagen unterliegen gemäß Einordnung der Europäischen Kommission in Gänze der RL 2006/42/EG. Mit Ausstellung der EG-Konformitätserklärung sowie der Anbringung der CE-Kennzeichnung an einer WEA, bestätigt der Hersteller die Konformität der betreffenden WEA mit den Vorgaben der RL 2006/42/EG, und dass er dies mit Hilfe des erforderlichen Konformitätsbewertungsverfahrens ermittelt hat. Dies schließt die Bestätigung ein, dass die WEA die Vorgaben des Produktsicherheitsrechts hinsichtlich Sicherheit und Gesundheit von Personen bei bestimmungsgemäßer oder vorhersehbarer Verwendung, also auch arbeitsschutzrelevante Belange erfüllt.

## **7. Nebenbestimmungen und Hinweise zum Gewässerschutz**

- 7.1 Vor Beginn der Baumaßnahme sind der Unteren Wasserbehörde und dem Gesundheitsamt des Hochsauerlandkreises sowie den Stadtwerken Brilon AöR ein Alarmplan, ein Terminplan und ein Baustelleneinrichtungsplan für den Bauablauf unter Berücksichtigung der für das Wasserschutzgebiet vorgesehenen Schutzmaßnahmen zur Abstimmung vorzulegen.

Neben den Schutzmaßnahmen muss der Alarmplan Hinweise über die einzuhaltenden Informationswege bei Störungen, Verunreinigungen etc., die eine Boden- oder Grundwassergefährdungen verursachen können, enthalten. Die Adressen und Telefonnummern der zu informierenden Behörden und des Wasserversorgers als Begünstigten des Wasserschutzgebietes sind im Alarmplan festzuhalten und deutlich sichtbar auszuhängen.

- 7.2 Baubeginn und Fertigstellung der Baumaßnahmen sind der Unteren Wasserbehörde und dem Gesundheitsamt des Hochsauerlandkreises sowie den Stadtwerken Brilon AöR schriftlich einschließlich eines Bauzeitenplanes anzuzeigen. Es sind die Baufirma sowie eine verantwortliche Bauleitung schriftlich zu benennen (Name, Telefonnummer, E-Mail-Adresse).
- 7.3 Rechtzeitig vor Baubeginn ist die Baudurchführung mit der Unteren Wasserbehörde in einem Vor-Ort-Termin zu besprechen.
- 7.4 Das gesamte bauausführende Personal ist vor Beginn der Maßnahmen über die Schutzmaßnahmen im Wasserschutzgebiet zu unterrichten und einzuweisen.
- 7.5 Die Empfehlungen / Maßnahmen des hydrogeologischen Gutachten GUV GmbH zum Schutz der Wassergewinnungsanlagen sind umzusetzen. Ggfs. erforderlich werdende Abweichungen hiervon sind rechtzeitig im Vorfeld mit der Unteren Wasserbehörde abzustimmen. Dies gilt insbesondere bei einer Abänderung der für die WEA 3 vorgesehenen Pfahlgründung im Impact-Herstellungsverfahren.
- 7.6 Es dürfen, soweit technisch möglich, nur Baumaschinen mit biologisch schnell abbaubaren Betriebs- und Schmierstoffen (Biodiesel, Bioschmierstoffe) eingesetzt werden, die als „nicht wassergefährdend“ bzw. höchstens in die Wassergefährdungsklasse 1 (WGK 1) gemäß AwSV (Verordnung über den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen) eingestuft werden.

- 7.7 Die Baustelleneinrichtung, das Abstellen der Baumaschinen, das Betanken der Baumaschinen und -geräte sowie Reparatur-, Reinigungs- und Wartungsarbeiten haben auf hierfür vorgesehenen befestigten Flächen (medienresistenter Untergrund) zu erfolgen. Evtl. auftretende Leckagen und Verluste von wassergefährdenden Stoffen sind aufzufangen und fachgerecht zu entsorgen. Die gesammelten Fäkalien sind einer zentralen Kläranlage zuzuführen.
- 7.8 Zur Aufnahme von Leckageflüssigkeiten und Tropfverlusten sind Ölbindemittel in ausreichender Menge vorzuhalten. Für einen eventuellen Schadensfall (Bodenverunreinigung) sind an jedem Bauort notwendiges Material und Gerät zur Schadensminimierung (Bindemittel, Schaufeln, Folien, Sorb-Vliestücher usw.) und geeignete Auffangvorrichtungen (z. B. mobile Auffangwannen) bereitzuhalten. Ausgetretene wassergefährdende Stoffe sind unverzüglich mit geeigneten Mitteln zu binden. Das verunreinigte Material ist aufzunehmen sowie ordnungsgemäß und schadlos in wasserdichten Mulden/Containern zu lagern, zu verwerten oder zu beseitigen.
- 7.9 Das Lagern von wassergefährdenden Stoffen (z.B. Kraftstoffe und Schmiermittel) ist nur in Kleingebinden zulässig. Das ungesicherte Lagern von wassergefährdenden Stoffen ist nicht zulässig. Grundsätzlich sind Kraft- oder Schmierstoffe für Unbefugte unzugänglich (z. B. verschlossener Container) in Auffangwannen zu lagern.
- 7.10 Bei Störfällen, die eine Gefährdung für das Wasserschutzgebiet erwarten lassen, sind unverzüglich die Untere Wasserbehörde sowie das Gesundheitsamt des Hochsauerlandkreises und die Stadtwerke Brilon AöR zu benachrichtigen. Ebenfalls sind unverzüglich geeignete Gegenmaßnahmen zu treffen, um eine schädliche Verunreinigung des Wassers oder sonstige nachteilige Veränderungen seiner Eigenschaften zu verhindern.
- 7.11 Das Abräumen von Oberboden und Bodeneingriffe sind auf das unumgänglich notwendige Maß zu begrenzen. Diese Arbeiten sollten nur bei Trockenwetter ausgeführt werden. Die Arbeiten müssen zügig abgewickelt werden, so dass die Bodeneingriffe auf das unumgänglich notwendige Maß beschränkt bleiben. Offene Gräben und Baugruben sind gegen das Einfließen von Oberflächenwasser zu schützen und möglichst schnell wieder zu verfüllen.
- 7.12 Bei den Baumaßnahmen dürfen keine wassergefährdenden, auswaschbaren oder auslaugbaren Stoffe wie z.B. verschiedene Isolieranstriche, Farben, Farbverdünner, Wasch- und Reinigungsmittel, Schalöle oder ähnliches verwendet werden, von denen eine Gefährdung für das Wasserschutzgebiet ausgehen kann.
- 7.13 Für die Boden- und Verfüllarbeiten darf lediglich inerter Bodenaushub, d.h. natürlich anstehendes Lockergestein ohne vorherige Verwendung oder Material gemäß Ersatzbaustoffverordnung Z0 oder Z I (Genehmigung erforderlich) eingesetzt werden. Es darf kein Bodenmaterial von Ablagerungen oder Flächen, auf denen mit wassergefährdenden Stoffen umgegangen wurde, verwendet werden.
- 7.14 Der Anlieferer hat die Herkunft und die Art des Materials (z.B. Splitt, Kalk zur Bodenverfestigung) zu dokumentieren. Unabhängig davon hat der Abnehmer jede Einzellieferung auf etwaige Verunreinigungen hin zu kontrollieren.
- 7.15 Eine evtl. erforderlich werdende Trockenhaltung der Baugruben hat durch eine offene Wasserhaltung durch Abpumpen des Wassers und Versickerung über die belebte Bodenzone zu erfolgen.
- 7.16 An den Fundamentsohlen sind über die Gesamtflächen geeignete Abdichtungen gegen den Kluftgrundwasserleiter vorzusehen. Die Abdichtungen können in einem Arbeitsgang mit der Sauberkeitsschicht hergestellt werden.
- 7.17 Bei der Verfüllung der Baugruben um die Fundamente sind durch Einbau von geeignetem Material ein kf-Wert von weniger als  $1 \cdot 10^{-8}$  m/s sicherzustellen.
- 7.18 Auf den Fundamentflächen (-sockel) sind Schüttkegel mit einer nach außen abfallenden Oberflächenneigung (flacher Kegel) aus bindigen Erdbaustoffen einzubringen. Die Oberfläche muss aus einer mindestens 30 cm mächtigen belebten Bodenzone bestehen, damit im Havariefall mineralöhlhaltige Substanzen aufgenommen und abgebaut werden können.

- 7.19 Nach Abschluss der Baumaßnahmen ist ein Rückbau der nicht mehr benötigten Flächen im Bereich der Zuwegung, Kranstell- und Montageplätze vorzunehmen. Die durch die Bauarbeiten hervorgerufene Bodenverdichtung der Flächen ist nach der Entsiegelung durch geeignete Auflockerungsmaßnahmen rückgängig zu machen.
- 7.20 Sollten bei den Ausschachtungsarbeiten für das Fundament Grundwasser oder einzelne Wasseradern angeschnitten und eine Wasserhaltung erforderlich werden, sind die Arbeiten sofort zu stoppen. Die Untere Wasserbehörde des Hochsauerlandkreises (Tel.: 0291 / 94-0) ist zu benachrichtigen. Diese entscheidet vor Ort über Maßnahmen zur Wasserhaltung und zum Fortgang der Arbeiten.
- 7.21 Die ordnungsgemäße Bauausführung gem. den aufgeführten Nebenbestimmungen ist in geeigneter Form (z.B. Fotos, Prüfzeugnisse, Materialnachweise usw.) zu dokumentieren.
- 7.22 Die Dichtheit der Anlage und die Funktionsfähigkeit der Sicherheitseinrichtungen müssen vom Anlagenbetreiber ständig überwacht werden.
- 7.23 Ausgetretene wassergefährdende Stoffe sind unverzüglich mit geeigneten Mitteln zu binden. Das verunreinigte Material ist aufzunehmen sowie ordnungsgemäß und schadlos zu verwerten oder zu beseitigen.
- 7.24 Bei Schadensfällen oder Betriebsstörungen hat der Betreiber unverzüglich Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, eine schädliche Verunreinigung des Wassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften zu verhindern. Die Anlage muss außer Betrieb genommen werden, soweit erforderlich, ist die Anlage zu entleeren, sobald eine nachteilige Veränderung des Wassers und des Bodens durch eine Undichtheit zu besorgen ist. Die Untere Wasserbehörde und die Stadtwerke Brilon sind unverzüglich zu unterrichten.
- 7.25 Eine Beeinflussung der Moosspringquelle der Stadtwerke Brilon AöR ist vor allem während der Errichtungsphase nicht vollständig auszuschließen. Daher ist die Bauausführung in enger Abstimmung mit den Stadtwerken Brilon AöR durchzuführen. Der Zeitpunkt der Aufnahme der Bautätigkeiten ist den Stadtwerken Brilon anzuzeigen, so dass diese gezielt die Trübung in der Moosspringquelle über den Zeitraum der Baumaßnahme beobachten und ggf. die Quelle aus der Versorgung nehmen können.

**Hinweise:**

- 7.26 Das Vorhaben liegt in der Schutzzone III B des Wasserschutzgebiets „Briloner Kalkmassiv“. Fachlich erforderliche schutzgebietsbezogene Regelungen sind in dieser Genehmigung eingeschlossen. Aufgrund des erteilten Einvernehmens ist eine besondere Genehmigung nach der Wasserschutzgebiets-Verordnung für die Errichtung und den Betrieb der Anlagen somit nicht erforderlich, ausgenommen hiervon sind der Wege- und Leitungsbau.
- 7.27 Es wird eindringlich darauf hingewiesen, dass das Vorhaben sich in einem sensiblen Wasserschutzgebiet befindet. Es ist sich deshalb mit den Regelungen der Wasserschutzgebiets-Verordnung eingehend vertraut. Bei Verstößen muss u. U. auch mit haftungsrechtlichen Konsequenzen gerechnet werden.
- 7.28 Nach § 4 Abs. 1 der Schutzgebietsverordnung ist in Schutzzone III B nachfolgender Tatbestand genehmigungspflichtig: der Bau neuer oder das wesentliche Ändern bestehender Straßen und Wege. (Nummer 20)

Da der Wege- und Leitungsbau und der Rückbau der vorhandenen Windenergieanlagen nicht Bestandteil der BImSchG-Genehmigung ist, sind hierzu Genehmigungen gemäß der Wasserschutzgebietsverordnung bei der Unteren Wasserbehörde rechtzeitig vor Beginn der Maßnahmen zu beantragen.



## **8. Nebenbestimmungen und Hinweise zum Naturschutz**

### **8.1 Baubeginnanzeige**

Der Baubeginn, inklusive bauvorbereitende Arbeiten ist der Unteren Naturschutzbehörde vorab schriftlich mitzuteilen. Nach fachlicher Auffassung der Unteren Naturschutzbehörde umfasst der Baubeginn auch bauvorbereitende Maßnahmen wie Gehölzschnitte, Rodungen, Erdarbeiten, o.ä. Sofern sich die Auflagen des Natur- und Artenschutzes auf den Baubeginn beziehen, so ist der hier definierte Baubeginn gemeint.

### **8.2 Benennung eines ökologischen Baubegleiters**

Die Betreiberin hat der Unteren Naturschutzbehörde vor Baubeginn – was auch bauvorbereitende Maßnahmen wie Rodungen o.ä. umfasst – einen Fachgutachter mit einschlägigem Fachwissen und mehrjähriger praktischer Berufserfahrung (z.B. Biologe, Landespfleger, Landschaftsökologe, Geoökologe, Ökologe, Umweltwissenschaftler, Umweltgeowissenschaftler oder Geograf, jeweils mit ornithologischer, chiroptologischer und mammalogischer Kenntnis) als ökologischen Baubegleiter zu benennen. Dieser hat die Umsetzung der artspezifischen Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen zu überwachen, zu dokumentieren und der Unteren Naturschutzbehörde digital zur Verfügung zu stellen.

### **8.3 Bauzeitenbeschränkung, Baufelduntersuchung und -räumung zugunsten planungsrelevanter Vogelarten und sonstiger europäischer Vogelarten**

Bauvorbereitende Maßnahmen (insbesondere Eingriffe in Gehölze und Abschieben des Oberbodens) dürfen – um das Eintreten artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände abzuwenden – nicht innerhalb des Brutzeitraums der betroffenen planungsrelevanten Vogelarten (01.04. bis 15.08.) sowie sonstigen europäischen Vogelarten (01.03. bis 30.09.) durchgeführt werden.

Im Zeitraum vom 01.03. bis 30.09. sind bauvorbereitende Maßnahmen grundsätzlich dann zulässig, wenn vor deren Beginn der vorgesehene Baubereich durch den ökologischen Baubegleiter auf Brutvorkommen der betroffenen planungsrelevanten Brutvogelarten kontrolliert und protokolliert worden ist und Brutvorkommen ausgeschlossen werden können. Das Protokoll der Baufelduntersuchung ist vor Beginn der bauvorbereitenden Maßnahmen bei der Unteren Naturschutzbehörde einzureichen.

Im Falle des Vorhandenseins **planungsrelevanter Vogelarten** im Zeitraum vom 01.04. bis 15.08. sind jegliche Bautätigkeiten inkl. Rodungen bis Ende der Brutzeit auszusetzen.

Im Falle des Vorhandenseins **sonstiger europäischer** Brutvogelarten im Zeitraum vom 01.03. bis 30.09. ist das weitere Vorgehen mit der Unteren Naturschutzbehörde abzustimmen. Auf diese Weise ist sicherzustellen, dass auch im Falle des Ausschlusses von Vorkommen planungsrelevanter Brutvogelarten keine artenschutzrechtlichen Verbote gegenüber sonstigen europäischen Vogelarten ausgelöst werden.

Die Baufeldräumung hat so zu erfolgen, dass auf den geräumten Flächen ein Wiederbesiedeln auszuschließen ist. Gegebenenfalls sind zusätzliche Maßnahmen in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde zu treffen.

Die artenschutzrechtlichen Bestimmungen des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) sind in diesem Zusammenhang stets – auch ohne nähere Instruktionen durch die Untere Naturschutzbehörde – zu beachten.

### **8.4 Senkung der Attraktivität von Habitaten im Mastfußbereich**

Im Umkreis mit einem Radius von 119 m um die WEA 3 und WEA 4 (entspricht dem vom Rotor überstrichenen Bereich zuzüglich eines Puffers von 50 m) sowie auf den Kranstellflächen sind keine Baumreihen, Hecken, Kleingewässer, Kurzrasenvegetation, Brachen oder zu mähendes Grünland anzulegen. Zum Schutz von Vögeln und Fledermäusen sind keine Brachflächen zuzulassen. Es ist auf die Lagerung von Siloballen zu verzichten.

## 8.5 Fachgutachterliche Brutplatzkartierung

Der Betreiberin wird die Option eingeräumt, die Abschaltung der Nebenbestimmungen 8.6 und 8.7 betriebsfreundlich zu optimieren, indem folgenden Untersuchungen vorgenommen werden:

Ein vom Anlagenbetreiber im Einvernehmen mit dem Hochsauerlandkreis (Untere Naturschutzbehörde) zu beauftragender ortskundiger Fachgutachter mit einschlägigem Fachwissen und mehrjähriger praktischer Berufserfahrung (z.B. Biologe, Landespfleger, Landschaftsökologe, Geoökologe, Ökologe, Umweltwissenschaftler, Umweltgeowissenschaftler bzw. Geograph mit freilandornithologischen Kenntnissen) überprüft nach den Vorgaben des Moduls A (MUNV & LANUV 2024) im Zuge eines Monitorings regelmäßig zwischen dem 10.03. (Beginn der Brutplatzbesetzung) und dem 10.05. (Ende der späten Eiablage) im 1.200 m-Radius um die WEA 3 und WEA 4, ob ein besetztes Rotmilanrevier, ein Horst oder Wechselhorst vorliegt.

Die entsprechenden Untersuchungen (mindestens fünf Mal mit mindestens sieben Tagen und höchstens 14 Tagen Abstand zwischen den Kartierungen) sind bei nach fachlichem Ermessen des Kartierers geeigneter Witterung (i.d.R. heiter bis wolkig bzw. sonnig, kein Regen oder stürmischer Wind, unter Berücksichtigung der vorausgegangenen Wetterverhältnisse) für einen Zeitraum von jeweils fünf Stunden durchzuführen. Der Kartierer hat sich bei Abweichungen von den regelmäßigen Vorgaben mit der Unteren Naturschutzbehörde ins Benehmen zu setzen.

Ein Aussetzungen der Nebenbestimmungen 8.6 für das untersuchte Brutjahr (frühestens ab dem 11.05.) kann bei der Unteren Naturschutzbehörde des Hochsauerlandkreises beantragt werden, sobald der fachgutachterliche Nachweis erbracht wurde, dass im 1.200 m-Radius um die WEA 3 und WEA 4 kein Rotmilanrevier besetzt ist (nach SÜDBECK ET. AL. (2025) bzw. den EOAC-Kriterien). In diesem Rahmen ist auf ernstzunehmende Hinweise Dritter einzugehen. Das Gleiche gilt für das Aussetzen der Nebenbestimmung 8.7, jedoch mit der Einschränkung, dass der Nachweis nur innerhalb des VSG DE-4517-401 im 1.200 m-Radius zu erbringen ist.

Der Nachweis hat mindestens die untersuchten potentiellen Reviere, die Kartierzeiten sowie die jeweils vorherrschenden Witterungsbedingungen zu beinhalten. Die einzelnen Kartierdaten sind tabellarisch anzugeben und zusätzlich in Form eines gutachterlichen Fachbeitrages abschließend zu bewerten. Der Nachweis ist der Unteren Naturschutzbehörde vorzulegen, die innerhalb von sieben Tagen über die Zulässigkeit der Betriebsaufnahme entscheidet. Der Nachweis ist von der Betreiberin zusätzlich und zeitgleich mit der Vorlage bei der Unteren Naturschutzbehörde digital an das Landesbüro der Naturschutzverbände NRW zu übersenden.

Wird der Nachweis für das Brutjahr nicht erbracht, sind die Nebenbestimmungen 8.6 und 8.7 vollständig einzuhalten.

## 8.6 Phänologiebedingte Abschaltung für Rotmilan

Die WEA 3 und WEA 4 sind zum Schutz der Art Rotmilan im Zeitraum vom 15.06. bis 31.07. eines jeden Jahres von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang vollständig abzuschalten bzw. in den Trudelbetrieb zu versetzen.

Die Betriebs- und Abschaltzeiten sind über die Betriebsdatenregistrierung der WEA 3 und WEA 4 zu erfassen, mindestens ein Jahr lang aufzubewahren und auf Verlangen der zuständigen Naturschutzbehörde vorzulegen.

## 8.7 Abschaltung bei landwirtschaftlichen Bewirtschaftungsereignissen

Die WEA 3 und WEA 4 sind im Falle der Grünlandmahd und Ernte von Feldfrüchten sowie des Pflügens zwischen 01.04 und 31.08. auf Flächen, die in weniger als 250 m Entfernung vom jeweiligen Mastfußmittelpunkt gelegen sind, abzuschalten, bzw. in den Trudelbetrieb zu versetzen. Die Abschaltung erfolgt von Beginn des Bewirtschaftungsereignisses bis mindestens 24 Stunden nach Beendigung des Bewirtschaftungsereignisses jeweils von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang.

Folgende betroffene Flächen befinden sich im Radius von 250 m um die geplante **WEA 3**:

**Gemarkung Alme**

**Flur 19, Flurstücke 50, 51, 52**

Folgende betroffene Flächen befinden sich im Radius von 250 m um die geplante **WEA 4**:

**Gemarkung Alme**

**Flur 19, Flurstücke 19 49, 50**

Die Betriebs- und Abschaltzeiten sind über die Betriebsdatenregistrierung der WEA 3 und WEA 4 zu erfassen, mindestens ein Jahr lang aufzubewahren und auf Verlangen der Unteren Naturschutzbehörde vorzulegen.

Die Sicherung der Umsetzung hat über Nutzungs- und Pflegeverträge mit den Grundstückseigentümern der oben genannten Flächen unter Zustimmung der Bewirtschafter (Pächter) zu erfolgen. Vor Inbetriebnahme der WEA 3 und WEA 4 ist der Nachweis der Sicherung der Maßnahmenumsetzung zu erbringen. Im Vertrag sind die folgenden Maßnahmen festzulegen:

- Die Grundstückseigentümer/Bewirtschafter verpflichten sich, den Anlagenbetreiber mindestens 12 Stunden vor Beginn der Bewirtschaftungsmaßnahme (Ernte/Mahd/bodenwendende Maßnahmen) auf den oben genannten Flurstücken über den Beginn der Maßnahme zu informieren.
- Der Grundstückseigentümer verpflichtet sich, die vorstehenden Verpflichtungen an etwaige Rechtsnachfolger weiterzugeben.

Die Sicherung der Maßnahme kann – mit vorheriger Zustimmung der Unteren Naturschutzbehörde des Hochsauerlandkreises – alternativ auch über ein nachweislich wirksames, automatisiertes, kamerabasiertes Erkennungssystem erfolgen. Der technische Nachweis auf Eignung einer automatisierten Lösung ist der Behörde unaufgefordert vorzulegen. Im Falle einer Fehldetektion ist ein Wiederanlaufen der WEA nach manueller Sichtkontrolle (Ferndiagnose) zulässig. Dies ist in den Betriebsdaten mit Begründung zu vermerken.

## 8.8 Abschaltalgorithmen für WEA-empfindliche Fledermausarten

Im Zeitraum vom 01.04. bis zum 31.10. eines jeden Jahres sind die WEA 3 und WEA 4 zwischen Sonnenuntergang und Sonnenaufgang vollständig abzuschalten, wenn die folgenden Bedingungen zugleich erfüllt sind: pauschale Windgeschwindigkeiten im 10 min-Mittel von < 6,0 m/s in Gondelhöhe sowie Temperaturen von > 10 °C.

Bei Inbetriebnahme der WEA 3 und WEA 4 ist der zuständigen Unteren Naturschutzbehörde eine Erklärung des Fachunternehmers vorzulegen, in der ersichtlich ist, dass die Abschaltung funktionsfähig eingerichtet ist. Die Betriebs- und Abschaltzeiten sind über die Betriebsdatenregistrierung der WEA 3 und WEA 4 zu erfassen, mindestens ein Jahr lang aufzubewahren und auf Verlangen der zuständigen Naturschutzbehörde vorzulegen. Dabei müssen mindestens die Parameter Windgeschwindigkeit, Temperatur und elektrische Leistung im 10 min-Mittel erfasst werden.

## 8.9 Eingriff in den Naturhaushalt

Durch den Bau der WEA 3 und WEA 4 entsteht ein Eingriff in den Naturhaushalt von

### 5.217 Biotopwertpunkten.

Der Ausgleich für den Eingriff in den Naturhaushalt erfolgt über eine Teilfläche der Maßnahme E1 in der Gemarkung Brilon, Flur 1, Flurstück 24 vor, welche in der im Jahr 2017 geführten Genehmigungsverfahren für fünf WEA (Genehmigungsbescheid vom 24.10.2017, Az. 40399-16-04) als Extensivierung von Dauergrünland definiert wird. Die Gesamtfläche der Maßnahme E1 beträgt 1,244 ha und generiert insgesamt 24.880 Biotopwertpunkte (Aufwertung von 2 Biotopwertpunkten/m<sup>2</sup>). Zur Kompensation der WEA 3 und WEA 4 wird eine Teilfläche mit einer

Größe von ca. 0,26 ha herangezogen. Der Eingriff in den Naturhaushalt wird dadurch vollständig abgegolten.

Zudem wird der anlagenbedingte Habitatverlust der betroffenen Brutvogelarten der Äcker, Säume und Hochstaudenfluren über ebendiese Maßnahme abgegolten. Die Maßnahme ist daher auch nach den Habitatansprüchen der Arten Feldlerche, Wachtel und Wiesenpieper qualitativ auszurichten.

Da in der Nebenbestimmung zur Maßnahme E1 im Genehmigungsbescheid vom 24.10.2017 keine nähere Erläuterung hinsichtlich der Umsetzung der Extensivierung erfolgt, wird das aktuell fachlich anerkannte Verständnis einer Grünlandextensivierung hier konkretisiert:

- Verbot des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln
- Verbot auf Durch- und Nachsaat
- Verbot des Aufbringens von Gülle, Gärsubstraten und Kunstdüngern
- Verbot des Umbruchs und anderer mechanischer Bodenbearbeitungen
- Verbot der Entwässerung (Neuanlage und Instandsetzung von Drainagen)
- Verbot der Beseitigung von Heckengehölzen
- Verbot der Veränderung der Boden- und Oberflächengestalt (Anfüllungen, Abgrabungen)
- Verbot der Lagerung von Siloballen, Mieten und Misthaufen
- Verbot der Zufütterung bei nachfolgender Beweidung
- Verbot von Anlage oder Betrieb von Wildfütterungen

Die Umsetzung der Maßnahme ist durch vertragliche Regelungen mit den Flächeneigentümern zu sichern und der Nachweis hierüber gegenüber der Unteren Naturschutzbehörde vor Baubeginn der WEA 3 und WEA 4 zu erbringen.

Die Flächenabgrenzung der für die WEA 3 und WEA 4 erforderliche Teilfläche ist in der folgenden Abbildung 1 dargestellt.

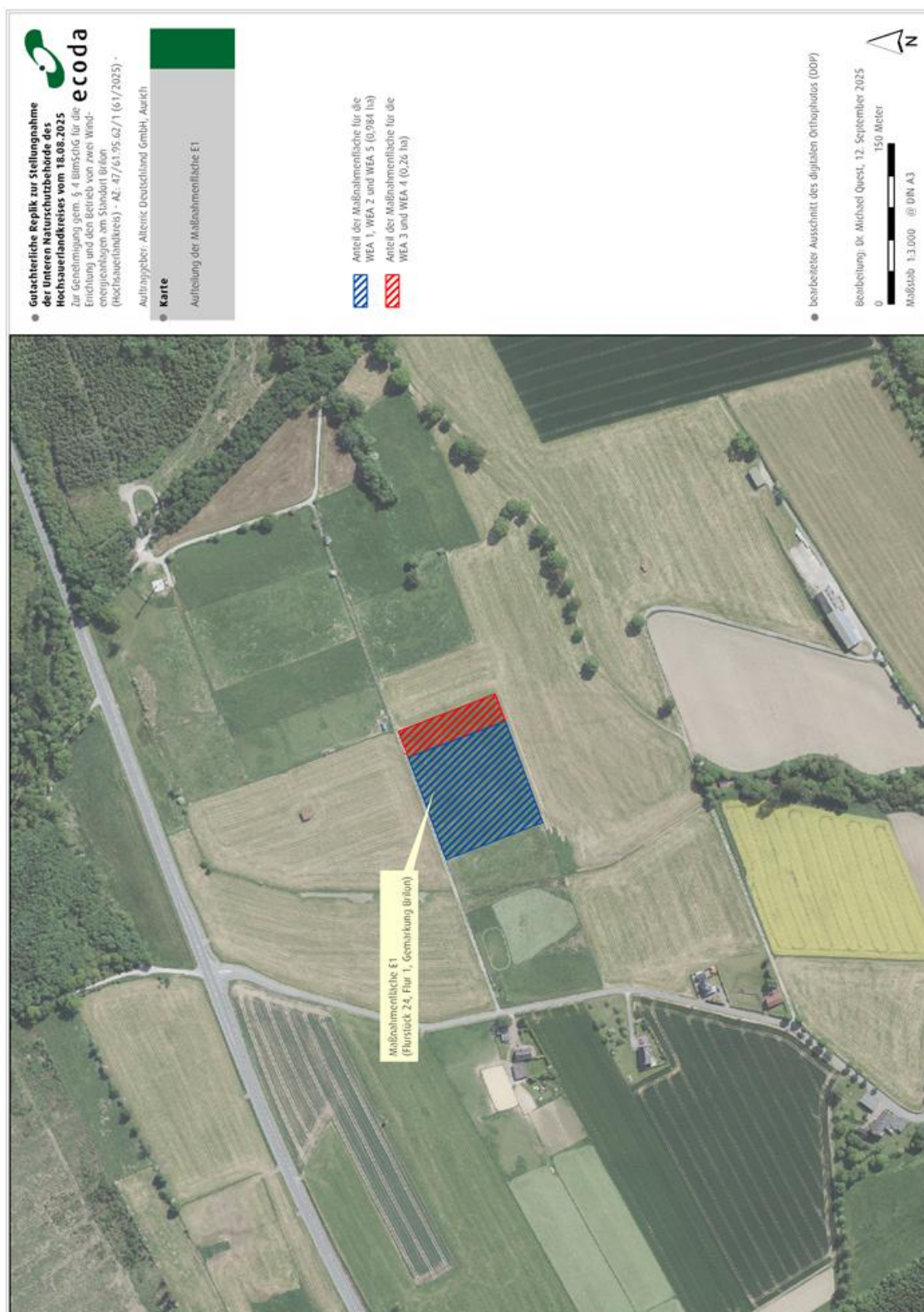


Abbildung 1: aus Gutachterliche Replik zur Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde des Hochsauerlandkreises vom 18.08.2025“, Ecoda, 29.09.2025)

**Hinweise:**

- 8.10 Nach fachlicher Auffassung der Unteren Naturschutzbehörde umfasst der Baubeginn auch bauvorbereitende Maßnahmen wie Gehölzschnitte, Rodungen, Erdarbeiten, u.ä. Sofern sich die Nebenbestimmungen des Natur- und Artenschutzes auf den Baubeginn beziehen, so ist der hier definierte Baubeginn gemeint.
- 8.11 Die Betreiberin darf nicht gegen die im Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) geregelten Verbote zum Artenschutz verstoßen, die unter anderem für alle europäisch geschützten Arten gelten (z.B. für alle einheimischen Vogelarten, alle Fledermausarten). Nach § 44 Abs. 1 BNatSchG ist es unter anderem verboten, Tiere dieser Arten zu verletzen oder zu töten, sie erheblich zu stören oder ihre Fortpflanzungs- und Ruhestätten zu beschädigen oder zu zerstören. Bei Zuwiderhandlungen drohen die Bußgeld- und Strafvorschriften der §§ 69 ff. BNatSchG. Die zuständige Untere Naturschutzbehörde kann unter Umständen eine Befreiung nach § 67 Abs. 2 BNatSchG gewähren, sofern eine unzumutbare Belastung vorliegt.
- 8.12 Zur Optimierung des Betriebsalgorithmus kann ein akustisches Fledermaus-Monitoring nach der Methodik von BRINKMANN et. al (2011) und BEHR et al. (2016) von einem qualifizierten Fachgutachter, der nachweislich Erfahrungen mit dem Monitoring von Fledermäusen hat, durchgeführt werden.

Es sind zwei aufeinander folgende Aktivitätsperioden zu erfassen, die jeweils den Zeitraum zwischen dem 01.04. – 31.10. umfassen. Der Unteren Naturschutzbehörde ist bis zum 15.02. des darauffolgenden Jahres ein zusammenfassender Bericht des Fachgutachters über die Methodik und die Monitoring-Ergebnisse sowie der ProBat-Bericht vorzulegen.

Nach Abschluss des ersten Monitoring-Jahres sind die festgelegten Abschaltbedingungen an den mit ProBat berechneten Algorithmus anzupassen. Die WEA 3 und WEA 4 ist dann im Folgejahr mit den neuen Abschaltalgorithmen zu betreiben. Nach Abschluss des zweiten Monitoring-Jahres wird der endgültige Abschaltalgorithmus der WEA 3 und WEA 4 in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde festgelegt.

Hinweis: Die Auswertung erfolgt dem Modul A entsprechend mit dem Computerprogramm ProBat in seiner aktuellen Version.

- 8.13 Eingriffe i.S.d. § 14 ff. BNatSchG können sich auch durch vorbereitende und begleitende Arbeiten ergeben, die nicht Teil dieses BImSchG-Antrags sind. Hier bedarf es gegebenenfalls eines Antrags nach § 17 Abs. 3 BNatSchG.
- 8.14 Zum Schutz der Gehölzbestände während der Bauarbeiten ist die DIN 18920 „Vegetationstechnik im Landschaftsbau – Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen“ zu beachten.

**9. Nebenbestimmungen zur Flugsicherung**

- 9.1 Aus zivilen Hindernisgründen und militärischen Flugbetriebsgründen sind bei den beantragten Windenergieanlagen mit der maximalen Höhe von

WEA 03: 613,00 m ü. NN und 229,13 m ü. G.  
WEA 04: 624,00 m ü. NN und 229,13 m ü. G.

eine Tages- und Nachtkennzeichnung gemäß der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Kennzeichnung von Luftfahrthindernissen vom 15.12.2023 (BANz AT 28.12.2023 B4) anzubringen und eine Veröffentlichung als Luftfahrthindernis zu veranlassen.

- 9.2 **Jedwede Abweichung vom beantragten Standort und der einleitend benannten Höhe ist zur Prüfung vorzulegen.**
- 9.3 Sollten Kräne zum Einsatz kommen, sind diese ab 100 m ü. Grund mit einer Tageskennzeichnung und an der höchsten Stelle mit einer Nachtkennzeichnung (Hindernisfeuer) zu versehen.
- 9.4 Die nachstehend geforderten Kennzeichnungen am Bauwerk sind nach Erreichen einer Hindernishöhe von mehr als 100 m ü. Grund zu aktivieren und mit Notstrom zu versorgen.

- 9.5 Eine Reduzierung der Nennlichtstärke beim Tagesfeuer und „Feuer W, rot“ ist nur bei Verwendung der vom Deutschen Wetterdienst (DWD) anerkannten meteorologischen Sichtweitenmessgeräten möglich. Installation und Betrieb haben nach den Bestimmungen des Anhangs 4 der allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Kennzeichnung von Luftfahrthindernissen zu erfolgen.
- 9.6 Mehrere in einem bestimmten Areal errichtete Windenergieanlagen können als Windenergieanlagen-Blöcke zusammengefasst werden. Grundsätzlich bedürfen nur die Anlagen an der Peripherie des Blocks, nicht aber die innerhalb des Blocks befindlichen Anlagen einer Kennzeichnung durch Feuer für die Tages- und Nachtkennzeichnung. Übertagen einzelne Anlagen innerhalb eines Blocks signifikant die sie umgebenden Hindernisse, so sind diese ebenfalls zu kennzeichnen. Bei einer Gefahr für die Sicherheit des Luftverkehrs behalte ich mir vor die Befeuerung aller Anlagen anzuordnen.
- 9.7 Für die Windkraftanlagen ist eine Tageskennzeichnung erforderlich, daher sind die Rotorblätter der Windkraftanlage weiß oder grau auszuführen; im äußeren Bereich sind sie durch 3 Farbfelder von je 6 m Länge
- a) außen beginnend mit 6 Meter orange - 6 Meter weiß - 6 Meter orange oder
  - b) außen beginnend mit 6 Meter rot - 6 Meter weiß oder grau - 6 Meter rot
- zu kennzeichnen. Hierfür sind die Farbtöne Verkehrsweiß (RAL 9016), grauweiß (RAL 9002), lichtgrau (RAL 7035), achatgrau (RAL 7038), Verkehrsorange (RAL 2009) oder Verkehrsrot (RAL 3020) zu verwenden. Die Verwendung entsprechender Tagesleuchtfarben ist zulässig.
- 9.8 Aufgrund der beabsichtigten Höhe der Windkraftanlagen ist das Maschinenhaus auf halber Höhe rückwärtig umlaufend mit einem mindestens 2 Meter hohen orange/ roten Streifen zu versehen. Der Streifen darf durch grafische Elemente und/ oder konstruktionsbedingt unterbrochen werden; grafische Elemente dürfen maximal ein Drittel der Fläche der jeweiligen Maschinenhausseite beanspruchen.
- 9.9 Der Mast ist mit einem 3 Meter hohen Farbring in orange/ rot, beginnend in 40 Meter über Grund, zu versehen. Bei Gittermasten muss dieser Streifen 6 Meter hoch sein. Die Markierung kann aus technischen Gründen oder bedingt durch örtliche Besonderheiten versetzt angeordnet werden.
- 9.10 Am geplanten Standort ist ein Tagesfeuer (Mittelleistungsfeuer Typ A, 20.000 cd, gemäß ICAO Anhang 14, Band I, Tabelle 6.1 und 6.3 des Chicagoer Abkommens) zu installieren. Das Tagesfeuer muss auf dem Dach des Maschinenhauses gedoppelt installiert werden. Außerhalb von Hindernisbegrenzungsflächen an Flugplätzen darf das Tagesfeuer um mehr als 50 m überragt werden.
- 9.11 Die Nachtkennzeichnung von Windenergieanlagen mit einer max. Höhe von bis zu 315 m ü. Grund/Wasser erfolgt durch Feuer W, rot bzw. Feuer W, rot ES.
- 9.12 Bei Anlagenhöhen von mehr als 150 m und bis einschließlich 315 m über Grund ist eine zusätzliche Hindernisbefeuerungsebene, bestehend aus Hindernisfeuer, am Turm auf der halben Höhe zwischen Grund/Wasser und der Nachtkennzeichnung auf dem Maschinenhausdach erforderlich. Sofern aus technischen Gründen notwendig, kann bei der Anordnung der Befeuerungsebene um bis zu 5 Meter nach oben/unten abgewichen werden. Dabei müssen aus jeder Richtung mindestens zwei Hindernisfeuer sichtbar sein. Ist eine zusätzliche Infrarotkennzeichnung (AVV, Anhang 3) vorgesehen, ist diese auf dem Dach des Maschinenhauses anzubringen.
- 9.13 Es ist (z. B. durch Doppelung der Feuer) dafür zu sorgen, dass auch bei Stillstand des Rotors sowie bei mit einer Blinkfrequenz synchronen Drehzahl mindestens ein Feuer aus jeder Richtung sichtbar ist.
- 9.14 Das Feuer W rot, bzw. Feuer W, rot ES ist so zu installieren, dass immer mindestens ein Feuer aus jeder Richtung sichtbar ist. Gegebenenfalls müssen die Feuer gedoppelt, jeweils versetzt auf dem Maschinenhausdach - nötigenfalls auf Aufständern - angebracht werden. Dabei ist zu beachten, dass die gedoppelten Feuer gleichzeitig (synchron blinkend) betrieben werden. Das gleichzeitige Blinken ist erforderlich, damit die Feuer der Windkraftanlage während der Blinkphase nicht durch einen Flügel des Rotors verdeckt werden.

- 9.15 Die Blinkfolge der Feuer auf Windenergieanlagen ist zu synchronisieren. Die Taktfolge ist auf 00.00.00 Sekunde gemäß UTC mit einer zulässigen Null-Punkt-Verschiebung von  $\pm 50$  ms zu starten.
- 9.16 Für die Ein- und Ausschaltvorgänge der Nachtkennzeichnung bzw. Umschaltung auf das Tagesfeuer sind Dämmerungsschalter gemäß der AVV, Nummer 3.9, die bei einer Umfeldhelligkeit von 50 bis 150 Lux schalten, einzusetzen.
- 9.17 Bei Feuern mit sehr langer Lebensdauer des Leuchtmittels (z. B. LED) kann auf ein „redundantes Feuer“ mit automatischer Umschaltung verzichtet werden, wenn die Betriebsdauer erfasst und das Leuchtmittel bei Erreichen des Punktes mit 5 % Ausfallwahrscheinlichkeit getauscht wird. Bei Ausfall des Feuers muss eine entsprechende Meldung an den Betreiber erfolgen.
- 9.18 Sofern die Vorgaben (AVV, Anhang 6) erfüllt werden, kann der Einsatz einer bedarfsgesteuerten Nachtkennzeichnung (BNK) erfolgen. Da sich der Standort der geplanten WKA außerhalb des kontrollierten Luftraumes befindet, bestehen aus flugsicherungsbetrieblichen Gründen keine Bedenken gegen die Einrichtung einer BNK.
- 9.19 Aufgrund der Nähe zu dem Pflichtmeldepunkt WHISKEY 1 vom Verkehrsflughafen Paderborn/Lippstadt ergeht die Zustimmung zur Einrichtung einer BNK nur bei Wirkraumerweiterung auf 10 km.
- 9.20 Der Einsatz der BNK ist der Bezirksregierung Münster – Dezernat 26 unter Nennung des Aktenzeichens „**Nr. 289-25**“ und der Genehmigungsbehörde anzuzeigen. Dieser Anzeige sind folgende Dokumente gemäß Anhang 6, Punkt 3 vollständig und prüffähig beizufügen:
- a) Nachweis der Baumusterprüfung gemäß Anhang 6 Nummer 2,
  - b) Nachweis der Funktionsfähigkeit der BNK am Standort des Luftfahrthindernisses durch eine BMPSt.
- 9.21 Störungen der Feuer, die nicht sofort behoben werden können, sind dem NOTAM-Office in Langen unter der Rufnummer 06103707 5555 oder per E-Mail [notam.office@dfs.de](mailto:notam.office@dfs.de) unverzüglich bekannt zu geben. Der Ausfall der Kennzeichnung ist so schnell wie möglich zu beheben. Sobald die Störung behoben ist, ist das NOTAM-Office unverzüglich davon in Kenntnis zu setzen. Ist eine Behebung innerhalb von zwei Wochen nicht möglich, ist das NOTAM-Office und die zuständige Landesluftfahrtbehörde, nach Ablauf der zwei Wochen erneut zu informieren.
- 9.22 Für den Fall einer Störung der primären elektrischen Spannungsversorgung muss ein Ersatzstromversorgungskonzept vorliegen, das eine Versorgungsdauer von mindestens 16 Stunden gewährleistet. Im Fall der geplanten Abschaltung ist der Betrieb der Feuer bis zur Wiederherstellung der Spannungsversorgung sicherzustellen. Die Zeitdauer der Unterbrechung zwischen Ausfall der Netzversorgung und Umschalten auf die Ersatzstromversorgung darf 2 Minuten nicht überschreiten. Diese Vorgabe gilt nicht für die Infrarotkennzeichnung.
- 9.23 Bei Ausfall der Spannungsquelle muss sich die Befeuerung automatisch auf ein Ersatzstromnetz umstellen.
- 9.24 Bei Ausfall der BNK Steuerung ist die Nachtkennzeichnung bis zur Behebung der Störung dauerhaft zu aktivieren.



- 9.25 Da die WEA aus Sicherheitsgründen als Luftfahrthindernis veröffentlicht werden muss, ist der Baubeginn der Bezirksregierung Münster – Dezernat 26 unaufgefordert rechtzeitig unter Angabe des Aktenzeichens **26.10.01-057/2025.0289 Nr. 289-25** per E-Mail an

[luftfahrthindernisse@bezreg-muenster.nrw.de](mailto:luftfahrthindernisse@bezreg-muenster.nrw.de)

anzuzeigen. Dabei sind folgende endgültige Veröffentlichungsdaten für die Anlagen anzugeben:

- a) mind. 6 Wochen vor Baubeginn das Datum des Baubeginns zu melden, um die Vergabe der ENR-Nummer in die Wege leiten zu können,
  - b) der Beginn des Hochbaus separat zu melden und
  - c) spätestens 4 Wochen nach Errichtung die endgültigen Vermessungsdaten zu übermitteln, um die Veröffentlichung gegebenenfalls anzupassen. Diese Meldung der endgültigen Daten (per E-Mail an o.g. Adresse sowie an [fif@dfs.de](mailto:fif@dfs.de)) umfasst dann die folgenden Details:
    - a. DFS- Bearbeitungsnummer
    - b. Name des Standortes
    - c. Art des Luftfahrthindernisses
    - d. Geogr. Standortkoordinaten [Grad, Min., Sek. mit Angabe des Bezugsellipsoids (Bessel, Krassowski oder WGS 84 mit einem GPS-Empfänger gemessen)]
    - e. Höhe der Bauwerksspitze [m ü. Grund]
    - f. Höhe der Bauwerksspitze [m ü. NN, Höhensystem: DHHN 92]
    - g. Art der Kennzeichnung [Beschreibung]
- 9.26 Der Deutschen Flugsicherung ist unter dem Aktenzeichen **NW 12686** ein Ansprechpartner mit Anschrift und Telefonnummer, der einen Ausfall der Befeuerung meldet bzw. für die Instandsetzung zuständig ist, an [fif@dfs.de](mailto:fif@dfs.de) mitzuteilen.

## **10. Nebenbestimmungen und Hinweise zum Straßen- und Wegerecht**

- 10.1 Straßengebiet der Kreisstraße darf weder vorübergehend - durch Einrichtungen und Betrieb der Baustelle - noch dauernd in Anspruch genommen werden.
- 10.2 Der im Lageplan dargestellte Abstand der baulichen Anlagen von der Straßengrenze darf nicht unterschritten werden.
- 10.3 Oberflächen- und Abwasser aller Art darf dem Straßengebiet weder mittel- noch unmittelbar zugeführt werden.
- 10.4 Durch das geplante Bauvorhaben wird eine neue, unmittelbare Zufahrt von der Kreisstraße aus erforderlich. Für diese ist zwischen dem Bauherrn und dem Hochsauerlandkreis in Meschede ein Vertrag abzuschließen. Der Vertrag geht dem Bauherrn gesondert zu.
- 10.5 Im Verkehrsraum der Kreisstraße dürfen während der Bauzeit keine Baustoffe und Geräte, auch nicht vorübergehend, gelagert bzw. abgestellt werden.
- 10.6 Im Einmündungsbereich der kreuzenden Straße bzw. Zufahrt ist ein Sichtfeld nach RAL (außerörtlich) und RAS (innerörtlich) von jeglicher Benutzung und Bepflanzung von mehr als 0,80 m Höhe, gemessen von Oberkante Fahrbahn ständig freizuhalten.
- 10.7 Werbeanlagen jeglicher Art außerhalb von Ortsdurchfahrten sind gesondert zu beantragen.
- 10.8 Während der Ausführung der Bauarbeiten ist die Straße, soweit erforderlich, zu reinigen. Die Fahrbahn ist stets in einem sauberen, ordnungsgemäßen und verkehrssicheren Zustand zu erhalten. Eventuelle Verschmutzungen auf dem Straßengebiet sind ohne Aufforderung sofort zu beseitigen. Erfolgt die Beseitigung nicht durch den Antragsteller, so werden die hierfür erforderlichen Arbeiten auf seine Kosten von der Straßenbauverwaltung durchgeführt.

- 10.9 Sofern Grenzsteine in ihrer Lage gefährdet, beschädigt oder entfernt werden, hat der Nutzungsberechtigte die Sicherung oder Wiederherstellung der Grenzzeichen auf seine Kosten durch das zuständige Vermessungsamt oder durch einen öffentlich bestellten Vermessungsingenieur ausführen zu lassen.

**Hinweise:**

- 10.10 Laut den vorliegenden Planunterlagen ist die Zufahrt zum Windpark von der Kreisstraße (K) 59/6 in Station 2,590 vorgesehen.

Sind zur Erschließung der geplanten Windenergieanlagen bauliche oder sonstige Maßnahmen erforderlich, ist für die Inanspruchnahme kreiseigener Flächen der Abschluss eines Gestattungsvertrages erforderlich. Rechtzeitig vor Baubeginn hat der Antragsteller bei der zuständigen Straßenbaubehörde des Hochsauerlandkreises, Fachdienst 44 Kreisstraßen einen entsprechenden Antrag zu stellen und folgende Unterlagen vorzulegen:

- Ausführungslageplan im Maßstab 1:250
- Aussagekräftiger Erläuterungsbericht mit Angaben zur baulichen Gestaltung der Kurvenaufweitungen/ Überfahrten/ sonstigen Maßnahmen
- Voraussichtlicher Zeitraum der Inanspruchnahme

Der Gestattungsvertrag wird von der zuständigen Straßenbaubehörde des Hochsauerlandkreises in Aussicht gestellt und geht dem Antragsteller gesondert zu.

- 10.11 Die Erfüllung bzw. Beachtung der Nebenbestimmungen zur Baugenehmigung über die zugelassene Sondernutzung gemäß § 18 in Verbindung mit § 20 StrWG NW wird im Zuge der Bauüberwachung (§ 81 BauO NW) und den Bauzustandsbesichtigungen (§ 82 BauO NW) mit überprüft.

- 10.12 Auf die Notwendigkeit der Genehmigung durch die Straßenverkehrsbehörde für halbseitige Sperrungen und Vollsperrungen wird ausdrücklich hingewiesen. Die Richtlinien für die Sicherheit von Arbeitsstellen an Straßen (RSA) in der z.Z. geltenden Fassung sind zu beachten.

- 10.13 Sollte für die Errichtung der Windenergieanlagen eine temporäre Baustellenzufahrt zu einer Bundes- oder Landesstraße benötigt werden, ist zwingend eine gesonderte Antragstellung beim Landesbetrieb Straßenbau NRW – Regionalniederlassung Sauerland-Hochstift mit Detailplänen notwendig.

**11. Nebenbestimmungen und Hinweise zur Geologie**

- 11.1 Während der Bauausführung sind geeignete Kontrollen der Tragfähigkeit durchzuführen. Die ausgehobene Baugrube ist von einem Sachverständigen für Geotechnik zu begutachten. Sollten sich Erkenntnisse ergeben, die die Standsicherheit ungünstig beeinflussen, sind entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

**Hinweis:**

- 11.2 Am Standort der WEA 4 sind in den geoelektrischen Profilen teilweise im Fundamentbereich und in den angrenzenden Bereichen Anomalien zu erkennen, die auf Verkarstungserscheinungen (verkarstetes Kluftsystem, Dolinen) hindeuten.

Im Zuge der Hauptuntersuchung sind weitere Erkundungsmaßnahmen (direkte Aufschlüsse bis 5 m unter die Oberkante des Festgesteinshorizontes) notwendig. Zur Klärung des Sachverhaltes in Bezug auf die Anomalien in den geoelektrischen Profilen empfiehlt der Geologische Dienst ebenfalls, weitere Erkundungsbohrungen durchzuführen. Die Bohrungen sollten bis ca. 5 m unter die Anomalien geführt werden. Die Kerne sollten fotografisch dokumentiert werden.

Die geotechnischen Nachweise sind mit den Erkundungsergebnissen aus der Hauptuntersuchung erneut zu führen.

**12. Hinweis zum Abfallrecht und Bodenschutz**

- 12.1 Der Unteren Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde ist bekannt, dass im Umfeld der geplanten Baumaßnahme naturbedingt erhöhte Schwermetallgehalte im Boden vorliegen. Aus diesem Grund empfiehlt die Untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde gemäß dem „Merkblatt für die Bodenuntersuchung von Wohngrundstücken im Stadtgebiet Brilon und die Verwertung von geogen belastetem Boden“ Bodenuntersuchungen zu veranlassen. Die Ergebnisse der Bodenuntersuchungen sind der Unteren Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde gemäß Landesbodenschutzgesetz § 2 Abs. 1 mitzuteilen. Handlungsempfehlungen zum Umgang mit schwermetallbelasteten Böden und weitere Informationen finden Sie ebenfalls auf dem Merkblatt.

**13. Hinweis zum Denkmalschutz**

- 13.1 Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmäler (kultur- und/oder naturgeschichtliche Bodenfunde, d.h. Mauern, alte Gräben, Einzelfunde, aber auch Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit, Höhlen und Spalten, aber auch Zeugnisse tierischen und/oder pflanzlichen Lebens aus erdgeschichtlicher Zeit) entdeckt werden. Die Entdeckung von Bodendenkmälern ist der Stadt/Gemeinde als Unterer Denkmalschutzbehörde und der LWL-Archäologie für Westfalen, Außenstelle Olpe (Tel.: 02761/93750; Fax: 02761/937520), unverzüglich anzuzeigen. Das entdeckte Bodendenkmal und die Entdeckungsstätte sind bis zum Ablauf von einer Woche nach der Anzeige unverändert zu belassen, wenn nicht die Obere Denkmalschutzbehörde die Entdeckungsstätte vorher freigibt oder die Fortsetzung der Arbeiten gestattet. Die Obere Denkmalschutzbehörde kann die Frist verlängern, wenn die sachgerechte Untersuchung oder die Bergung des Bodendenkmals dies erfordern und dies für die Betroffenen zumutbar ist (§ 16 Abs. 2 Denkmalschutzgesetz NW). Gegenüber der Eigentümerin oder dem Eigentümer sowie den sonstigen Nutzungsberechtigten eines Grundstücks, auf dem Bodendenkmäler entdeckt werden, kann angeordnet werden, dass die notwendigen Maßnahmen zur sachgemäßen Bergung des Bodendenkmals sowie zur Klärung der Fundumstände und zur Sicherung weiterer auf dem Grundstück vorhandener Bodendenkmäler zu dulden sind (§ 16 Abs. 4 Denkmalschutzgesetz NW).

## **V. Begründung**

### **1. Antragsgegenstand und Genehmigungsverfahren**

Die Alterric Deutschland GmbH, v. d. GF Herrn Dieter Aden, Holzweg 87, 26605 Aurich, beantragt mit Datum vom 16.06.2025, zuletzt ergänzt am 29.09.2025, die Genehmigung nach §§ 4, 6 des BImSchG für die Errichtung und den Betrieb von zwei Windenergieanlagen (WEA 03 und 04) in 59929 Brilon, Gemarkung Alme.

Gegenstand des Verfahrens ist die Errichtung und der Betrieb von zwei WEA des Typs Enercon E-138 EP3 E3 mit einer Nabenhöhe von 160 m, einem Rotordurchmesser von 138,25 m, einer Gesamthöhe von 229,13 m und einer Nennleistung von je 4.260 kW.

### **Einordnung und Zuständigkeit**

Das Vorhaben ist nach § 4 BImSchG in Verbindung mit den §§ 1 und 2 der 4. BImSchV und Nr. 1.6.2 Buchstabe V des Anhangs 1 der 4. BImSchV immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftig.

Für die Entscheidung über den Antrag ist nach § 1 Abs. 2 Nr. 3 und Abs. 3 der ZustVU NRW der Hochsauerlandkreis als Untere Umweltschutzbehörde zuständig.

Aufgrund der Nennung der Anlage im Anhang zu § 1 der 4. BImSchV unter der Nr. 1.6.2 V („Anlagen zur Nutzung von Windenergie mit einer Gesamthöhe von mehr als 50 Metern und weniger als 20 Windkraftanlagen“) ist das Verfahren grundsätzlich nach § 19 Abs. 1 BImSchG im vereinfachten Verfahren (ohne Öffentlichkeitsbeteiligung) durchzuführen.

Die Standorte der geplanten WEA befinden sich in der rechtswirksamen WEB-Fläche „07.03.WEB.002“ der 19. Änderung des Regionalplans Arnsberg - Teilabschnitt Kreis Soest und Hochsauerlandkreis. Diese ist gemäß § 2 Nummer 1 a) WindBG ein ausgewiesenes Windenergiegebiet.

Demnach wurde im Genehmigungsverfahren gemäß § 6 WindBG abweichend von den Vorschriften des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung eine Umweltverträglichkeitsprüfung und abweichend von den Vorschriften des § 44 Absatz 1 des Bundesnaturschutzgesetzes eine artenschutzrechtliche Prüfung nicht durchgeführt.

### **Behördenbeteiligung**

Folgende zuständige sachverständige Behörden wurden die Antragsunterlagen gemäß § 11 der 9. BImSchV vorgelegt. Diese haben den Antrag auf die Beachtung der bestehenden Vorschriften hin geprüft und bei Übernahme der genannten Nebenbestimmungen keine Bedenken gegen das beantragte Vorhaben erhoben.

Folgende Fachdienste des Hochsauerlandkreises haben Stellungnahmen abgegeben:

- Untere Naturschutzbehörde, Jagd
- Wasserwirtschaft
- Abfallwirtschaft und Bodenschutz
- Trinkwasser und Umwelthygiene
- Kreisstraßen
- Brandschutzdienststelle

Darüber hinaus wurden die Belange des Immissionsschutzes durch den Hochsauerlandkreis, Untere Umweltschutzbehörde / Immissionsschutz, geprüft.

Weiterhin liegen die Stellungnahmen folgender Stellen u.a. vor:

- Stadt Brilon
- Stadtwerke Brilon
- Bezirksregierung Arnsberg, Arbeitsschutzverwaltung
- Bezirksregierung Arnsberg, Regionalplanungsbehörde

- Bezirksregierung Arnsberg, Bergbau und Energie
- Bezirksregierung Münster, Luftverkehr
- Geologischer Dienst NRW
- Landesbetrieb Straßenbau NRW, Regionalniederlassung Sauerland-Hochstift
- LWL Archäologie für Westfalen, Außenstelle Olpe
- LWL Baukultur
- Deutscher Wetterdienst
- Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr
- Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste NRW
- Westnetz GmbH
- Amprion GmbH, Dortmund
- Deutsche Telekom Technik GmbH, Bochum
- Telefónica Germany GmbH & Co. OHG
- Ericsson Services GmbH

## **2. Genehmigungsvoraussetzungen**

Das Vorhaben soll im Außenbereich errichtet werden und ist nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 Baugesetzbuch (BauGB) zu beurteilen. Das Vorhaben ist zulässig, da öffentliche Belange nicht entgegenstehen und die ausreichende Erschließung gesichert ist.

Bauplanungsrechtlich bestehen gegen das Vorhaben keine Bedenken. Die Stadt Brilon hat das gemeindliche Einvernehmen gem. § 36 BauGB mit Schreiben vom 26.08.2025 erteilt.

Das beantragte Vorhaben ist darüber hinaus bauordnungsrechtlich zulässig. Entsprechende Nebenbestimmungen zur Bauausführung und zum Brandschutz wurden in der Genehmigung festgesetzt.

Die Rückbauverpflichtung nach § 35 Abs. 5 BauGB wird durch eine Bankbürgschaft gesichert. Die Bankbürgschaft wird als Mittel zur Sicherung der Rückbauverpflichtung gewählt, da im Sinne des Schutzes des Außenbereichs ein hohes öffentliches Interesse besteht, im Falle der Stilllegung ausreichende finanzielle Mittel für den Rückbau der Anlagen zur Verfügung stehen zu haben.

Die Bezirksregierung Münster, Dezernat 26 (zivile Luftfahrtbehörde), und das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (militärische Luftfahrtbehörde) haben ihre Zustimmung nach § 14 Luftverkehrsgesetz (LuftVG) erteilt und keine Bedenken in Hinsicht auf § 18a LuftVG geltend gemacht. Die gemäß der AVV erforderliche Kennzeichnung wurde in die Nebenbestimmungen dieser Genehmigung aufgenommen. Ergänzend wurden Maßnahmen zur Minderung der Belästigungswirkung der Befeuerung für die Bevölkerung festgeschrieben.

Aus Sicht der Bezirksregierung Arnsberg, Dezernat 55 – Arbeitsschutz, bestehen gegen das Vorhaben keine Bedenken unter der Voraussetzung, dass die Anlagen entsprechend der Antragsunterlagen errichtet und betrieben werden, sowie eine entsprechende, zur Sicherstellung arbeitsschutzrechtlicher Vorschriften, erforderliche Nebenbestimmung in den Bescheid aufgenommen wird.

Möglicherweise betroffene Betreiber von Versorgungsleitungen sowie Richtfunkbetreiber wurden zur Identifizierung möglicher Konflikte hinsichtlich des Gebots der gegenseitigen Rücksichtnahme informatorisch beteiligt. Es ergaben sich keine Hinweise auf Beeinträchtigungen durch das geplante Vorhaben.

Zur Darlegung der Erfüllung der Betreiberpflichten gemäß § 5 BImSchG wurde eine Schallimmissions- und eine Schattenwurfprognose vorgelegt. Die Prüfung im Rahmen des Genehmigungsverfahrens hat ergeben, dass bei Beachtung der im Bescheid festgesetzten Bestimmungen die Betreiberpflichten hinsichtlich vorhabenbedingten Schallimmissionen und periodischem Schattenwurf erfüllt werden.

### **Natura 2000-Verträglichkeitsprüfung**

Innerhalb eines Radius von 3 km um das geplante Windenergievorhaben befinden sich die nachfolgenden FFH-Gebiete:

**DE-4517-301 "Wälder und Quellen des Almetals"** in einer Entfernung von 295 m zur WEA 4 und 367 m zur WEA 3

**DE-4617-303 "Briloner Kalkkuppen"** in einer Entfernung von ca. 1.880 m zur WEA 4 und ca. 2.000 m zur WEA 3

Eine Beeinträchtigung der FFH-Gebiete unter Berücksichtigung der Schutzgüter ist ausgeschlossen. Die in den Gebieten vorkommenden Lebensraumtypen nach Anhang I der FFH-Richtlinie sind aufgrund der Entfernung zur WEA 3 und WEA 4 nicht beeinträchtigt. Die im FFH-Gebiet DE-4517-301 vorkommenden WEA-empfindlichen Fledermausarten werden durch eine nächtliche Abschaltung vor Kollisionen geschützt. Gemäß Modul A ist davon auszugehen, dass keine indirekte erhebliche Beeinträchtigung von FFH-LRT im Zusammenhang mit betriebsbedingten Auswirkungen von WEA eintritt, wenn der Eintritt artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände sicher ausgeschlossen werden kann.

Innerhalb eines Radius von 5 km um das geplante Windenergievorhaben befindet sich das nachfolgende Vogelschutzgebiet (VSG):

**DE-4517-401 "Diemel- und Hoppecketal mit angrenzenden Wäldern"** in einer Entfernung von ca. 197 m zur WEA 4 und 276 m zur WEA 3

Aufgrund der Lage des Vorhabens außerhalb des VSG können bau- und anlagebedingte Auswirkungen auf Vorkommen bzw. Lebensräume der Erhaltungszielarten ausgeschlossen werden.

Bau- und betriebsbedingte Auswirkungen auf die lärmempfindlichen Erhaltungszielarten Sperlingskauz, Raufußkauz, Eisvogel, Mittelspecht, Schwarzspecht, Grauspecht, Neuntöter, Raubwürger und Wiesenpieper (vgl. GASSNER ET AL. 2010), insbesondere durch Schall- und Lichtimmissionen werden ausgeschlossen, da die Entfernung zum VSG größer ist als die artspezifischen Fluchtdistanzen.

Baubedingte Auswirkungen auf die horstbrütenden Vogelarten Baumfalke, Rotmilan, Schwarzmilan, Schwarzstorch, Uhu und Wespenbussard werden ausgeschlossen, da in den artspezifischen Horstschutzabständen nachweislich keine Brutplätze liegen.

Betriebsbedingte Auswirkungen auf die gemäß Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG kollisionsgefährdeten Erhaltungszielart Baumfalke, des VSG können ausgeschlossen werden, da in den artspezifischen Prüfbereichen nachweislich keine Brutplätze im VSG vorhanden sind.

Betriebsbedingte Auswirkungen auf die gemäß Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG kollisionsgefährdete Erhaltungszielart Rotmilan können zunächst nicht ausgeschlossen werden. Innerhalb des artspezifischen Nahbereichs (0 m – 500 m) liegt ein langjährig bekanntes und kleinräumig wechselndes Revier. Der zuletzt registrierte Brutplatz liegt in einer Entfernung von 385 m zur WEA 4 und 424 m zur WEA 3. Weitere Brutplätze im VSG innerhalb des artspezifischen Nahbereichs bzw. zentralen Prüfbereichs sind nicht bekannt. Die Antragstellerin sieht eine phänologiebedingte Abschaltung sowie eine Abschaltung bei landwirtschaftlichen Bewirtschaftungsereignissen (jeweils nach Maßgabe der Anlage 1 Abschnitt 2 BNatSchG i.V.m. Modul A) vor. Unter Berücksichtigung dieser fachlich anerkannt und geeigneten Schutzmaßnahmen kann das Kollisionsrisiko hinreichend gesenkt werden.

Betriebsbedingte Auswirkungen auf die gemäß Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG kollisionsgefährdete Erhaltungszielart Schwarzmilan, des VSG können ausgeschlossen werden, da in den artspezifischen Prüfbereichen nachweislich keine Brutplätze im VSG vorhanden sind. Darüber hinaus profitiert die Art Schwarzmilan von den Schutzmaßnahmen zugunsten der Art Rotmilan.

Betriebsbedingte Auswirkungen auf die gemäß Modul A störempfindliche Art Schwarzstorch werden ausgeschlossen, da im Radius von 3.000 m keine Brutplätze bekannt sind. Zudem weist der Radius von 1.000 m um die WEA 3 und WEA 4 aufgrund der nur kleinflächig vorhandenen Waldbereiche und bestehenden anthropogenen Einflüsse keine besondere Bedeutung als Bruthabitat auf. Eine betriebsbedingte Störung von Brut- oder Nahrungshabitaten kann mit hinreichender Sicherheit ausgeschlossen werden. Darüber hinaus liegen keine Hinweise auf regelmäßig genutzte Flugkorridore der Art Schwarzstorch vor.

Betriebsbedingte Auswirkungen auf die gemäß Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG kollisionsgefährdete Erhaltungszielart Uhu, des VSG können ausgeschlossen werden, da in den artspezifischen Prüfbereichen nachweislich keine Brutplätze im VSG vorhanden sind. Darüber hinaus gilt gemäß der Fußnote zu Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG, dass ein signifikant erhöhtes Kollisionsrisiko für die Art Uhu außerhalb des Nahbereichs nur dann vorliegt, wenn der Abstand zwischen Rotorunterkante und Boden geringer ist als 80 m. Die geplanten WEA 3 und WEA 4 haben einen Abstand von 91 m zwischen Rotorunterkante und Boden. Innerhalb des Nahbereichs sind keine Brutplätze bekannt. Insgesamt ist eine Beeinträchtigung daher ausgeschlossen.

Betriebsbedingte Auswirkungen auf die gemäß Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG kollisionsgefährdeten Erhaltungszielart Wespenbussard, des VSG können ausgeschlossen werden, da in den artspezifischen Prüfbereichen nachweislich keine Brutplätze im VSG vorhanden sind. Darüber hinaus ist die Eignung als Brut- oder Nahrungshabitat gering.

**Insgesamt können erhebliche Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele des VSG DE-4517-401 "Diemel- und Hoppecketal mit angrenzenden Wäldern" unter Berücksichtigung der Schutzmaßnahmen ausgeschlossen werden. Dies entspricht der fachlichen Einschätzung der Unteren Naturschutzbehörde.**

#### **modifizierte artenschutzrechtliche Prüfung nach § 6 WindBG**

Durch den Betrieb der WEA 3 und WEA 4 tritt betriebsbedingt ein signifikant erhöhtes Kollisionsrisiken für die Art Rotmilan ein. Durch eine phänologiebedingte Abschaltung sowie eine Abschaltung bei landwirtschaftlichen Bewirtschaftungsereignissen und eine unattraktive Gestaltung der Habitate im Mastfußbereich kann das Kollisionsrisiko hinreichend gesenkt werden. Die Erforderlichkeit der Abschaltungsmaßnahmen kann durch die Betreiberin freiwillig jährlich fachgutachterlich widerlegt werden.

Weitere Betroffenheiten kollisionsgefährdeter Brutvogelarten können mit hinreichender Sicherheit ausgeschlossen.

Bau- und anlagenbedingte Beeinträchtigung der WEA-empfindlichen Vogelarten sind ebenfalls ausgeschlossen.

Baubedingte Auswirkungen auf planungsrelevante Vogelarten können durch Baufelduntersuchung, Baufeldräumung und Bauzeitenregelung vermieden werden. Verstöße gegen die Zugriffsverbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG drohen daher nicht. Anlagenbedingte Habitatverluste werden im Umfang der für den Eingriff in den Naturhaushalt erforderlichen Kompensation qualitativ ausgeglichen.

Die hinsichtlich der Fledermausarten drohenden artenschutzrechtlichen Konflikte können durch ein zunächst umfangreiches Abschaltscenario gemäß Moduls A ausgeschlossen werden. Es bleibt die Option auf ein nachgelagertes Gondelmonitoring zur Ermittlung eines standortspezifischen Abschaltalgorithmus. Baubedingte Beeinträchtigungen können von vornherein ausgeschlossen werden. Verstöße gegen die Zugriffsverbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG drohen daher nicht.

Baubedingte Auswirkungen auf nicht planungsrelevante („sonstige“) europäische Brutvogelarten können durch Bauzeitenregelung bzw. durch Baufelduntersuchung im Rahmen der ökologischen Baubegleitung innerhalb der Brutzeit mit hinreichender Sicherheit ausgeschlossen werden.

Weitere planungsrelevante Tier- und Pflanzenarten sind von dem Vorhaben nicht betroffen.

#### **Eingriff in den Naturhaushalt**

Die im Rahmen der Realisierung des Vorhabens in Anspruch genommenen Flächen werden durch die erforderlichen Baumaßnahmen zur Errichtung der WEA 3 und WEA 4 verändert. Auf diese Weise tritt entsprechend der Numerischen Bewertung bei dem geplanten Eingriff in Natur und Landschaft ein Wertverlust von **5.217 Biotopwertpunkten** ein.

Mit Umsetzung der in der Genehmigung festgesetzten Maßnahmen kann der Eingriff in den Naturhaushalt vollständig kompensiert werden.

#### **Eingriff in das Landschaftsbild**

Durch WEA sind aufgrund der Höhen der Anlagen (> 20 m) Beeinträchtigungen für das Landschaftsbild

zu erwarten, die in der Regel nicht ausgleichbar oder ersetzbar im Sinne des § 15 BNatSchG sind. Eine landschaftsgerechte Wiederherstellung oder Neugestaltung der Landschaft ist bei vertikalen Strukturen mit der Höhe moderner WEA nicht möglich. Daher ist für diese Beeinträchtigung ein Ersatz in Geld zu leisten.

Als Kompensationszahlung für den Eingriff in das Landschaftsbild nach Windenergie-Erlass NRW ist für die beantragte WEA 3 und WEA 4 ein Betrag von insgesamt 145.222,64 Euro zu leisten.

## **VI. Entscheidung**

Gemäß § 6 BlmSchG ist die Genehmigung zu erteilen, wenn sichergestellt ist, dass die sich aus § 5 und einer aufgrund des § 7 erlassenen Rechtsverordnung ergebenden Pflichten erfüllt werden und andere öffentlich-rechtliche Vorschriften und Belange des Arbeitsschutzes der Errichtung und dem Betrieb der Anlagen nicht entgegenstehen.

Bei der Prüfung der Frage, welche Anforderungen

- zum Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen und sonstigen Gefahren, erheblichen Nachteilen und erheblichen Belästigungen sowie
- zur Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen nötig sind,

sind insbesondere die Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) sowie die diesbezüglichen Verwaltungsvorschriften des Landes Nordrhein-Westfalen zu berücksichtigen.

Die Prüfung gemäß § 6 BlmSchG ergab, dass sichergestellt ist, dass die sich aus § 5 BlmSchG für den Betreiber der Anlagen ergebenden Pflichten erfüllt werden und öffentlich-rechtliche Vorschriften und Belange des Arbeitsschutzes der Errichtung und dem Betrieb der Anlagen nicht entgegenstehen. Die beantragte Genehmigung ist nach Vorstehendem gemäß § 6 BlmSchG unter Festlegung der sich als notwendig ergebenden Nebenbestimmungen zu erteilen.

## **VII. Kostenentscheidung**

Die Kosten des Verfahrens trägt gemäß §§ 11, 13 Gebührengesetz NRW (GebG) die Antragstellerin. Über die Höhe der Verwaltungsgebühr und der Auslagen ergeht ein gesonderter Bescheid.

### Hinweis:

Gebühren oder Auslagen für die Prüfung bautechnischer Nachweise, Bauüberwachung und für Bauzustandsbesichtigungen werden durch die Untere Bauaufsichtsbehörde der Stadt Brilon gesondert erhoben.



## **VIII. Rechtsgrundlagen**

1. Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz – BImSchG)
2. Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)
3. Vierte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes - Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen (4. BImSchV)
4. Neunte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes - Verordnung über das Genehmigungsverfahren (9. BImSchV)
5. Zuständigkeitsverordnung Umweltschutz (ZustVU)
6. Ordnungsbehördliche Verordnung über die unverzügliche Anzeige von umweltrelevanten Ereignissen beim Betrieb von Anlagen (Umwelt-Schadensanzeige-Verordnung)
7. Baugesetzbuch (BauGB)
8. Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbauordnung - BauO NRW 2018 -)
9. Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz auf Baustellen (Baustellenverordnung – BaustellV)
10. Gesetz über die Durchführung von Maßnahmen des Arbeitsschutzes zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Beschäftigten bei der Arbeit (Arbeitsschutzgesetz - ArbSchG)
11. Verordnung über Arbeitsstätten (Arbeitsstättenverordnung – ArbStättV)
12. Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Bereitstellung von Arbeitsmitteln und deren Benutzung bei der Arbeit, über Sicherheit beim Betrieb überwachungsbedürftiger Anlagen und über die Organisation des betrieblichen Arbeitsschutzes (Betriebssicherheitsverordnung – BetrSichV)
13. Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG)
14. Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV)
15. Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG)
16. Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz – KrWG)
17. Gesetz zum Schutz und zur Pflege der Denkmäler im Lande Nordrhein-Westfalen (Denkmalschutzgesetz – DSchG NRW)
18. Luftverkehrsgesetz (LuftVG)
19. Gebührengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (GebG NRW)
20. Verwaltungsverfahrensgesetz für das Land NRW (VwVfG NRW)
21. Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO)
22. Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG)

**- in der jeweils geltenden Fassung -**

## **IX. Rechtsbehelfsbelehrung**

Sie können gegen diesen Bescheid Klage erheben. Dabei müssen Sie Folgendes beachten:

Sie müssen Ihre Klage

- innerhalb eines Monats, nachdem Ihnen der Bescheid zugestellt wurde
- beim Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen, Aegidiikirchplatz 5, 48143 Münster

erheben.

Der Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung des Rechtsbehelfs gegen diesen Bescheid nach § 80 Absatz 5 Satz 1 der Verwaltungsgerichtsordnung kann nur innerhalb eines Monats nach Zustellung des Bescheids gestellt und begründet werden.

Brilon, 17.12.2025

Im Auftrag  
gez. Steffens